

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboabonnementpreis für das jährliche Unterhaltungsbeitrage Leben, Willen, Kunst
für den Herren- und Jugendbetrieb einschließlich Grunerblatt monatlich 80 Pf.
Für den Betrag bezogen werden kann. M. 275 unter Kreuzband für Deutschland und
Deutschland-Ungarn M. 6.— Erreichen darf mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Brüggenstraße 14, II Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Brüggenstraße 14 Tel. 1769.
Telegraphen: vom 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Aboservice werden die eingetragene Postzeitung am 25. Vi berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinbarungen 20 Pf. Zulater müssen
bis spätestens 10 Uhr täglich in der Expedition abgegeben sein und sind im
Vorort zu begleiten. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 219.

Dresden, Mittwoch den 21. September 1910.

21. Jahrg.

Die beste Frucht der liberalen Ära.

Die Liberalen haben noch jetzt jeglichen Tag um die herumende Pracht der Bülow-Zeit. Wäre Bülow nicht gestorben, so verblüfften sie schaudernd, wäre der Liberalismus nicht vor die Tür geworfen worden, so wäre es in der politischen Politik besser, unendlich viel besser aus. Und die einzige Schaukraft vieler Liberalen, nicht nur Nationalliberalen, sondern auch mancher „entzündeten Liberalen“ geht dahin, dass Bülow-Ara wiederkommen möge, dass der Liberalismus wieder mit den Konservativen zusammengepannt werde.

Die Massen des deutschen Volkes freilich haben von dem Zeitalter der berühmten liberalisierenden Bülow-Zeit ganz und gar nichts verstanden. Die Reichsgesetzgebung war in den Jahren nach der Parlamentswahl von 1907 unstrukturierter als jemals. Aber nein, erklären uns die Liberalen, jene drei Jahre doch unweiglichst Gutes erbracht, man solle nur in das neue Reichsvereinsgesetz denken. Dieses Gesetz ist als die beste Frucht der Bülow'schen konservativ-liberalen Nachkriegszeit gepriesen.

Die Sozialdemokraten haben von Anbeginn festgestellt, dass auch diese „beste Frucht“ durch und durch wirtschaftlich illusorisch sei. In kleinen Verbesserungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes, die das Gesetz brachte und bringen musste, weil gewisse Missständigkeiten absolut unhalbar geworden waren, sie und durch schlimme und schlimmste Reaktions- und Ausnahmeklausuren verunreinigt worden. Da sind die Ausnahmeklausuren gegen die Jugendlichen, die Unterdrückungsvereinbarungen gegen das Recht der politisch sprechenden Bevölkerung, da ist die Fülle der polizeilichen Willkürmöglichkeiten, und die Gleichberechtigung der Staatsbürger in der Beziehung des Vereins- und Versammlungswesens vielfach bestimmt.

Eine neue Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgesetzes bestätigt den kritischen und geistigen Charakter des angeblich liberalen Reichsvereinsgesetzes. Man erinnert sich jener Versammlungskundgebungen, die am 15. August 1909 durch die Sozialdemokratie in Stettin für Bekämpfung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande erkannt wurden und bei denen entsprechend dem internationalen Charakter der Probleme, neben den deutschen Rednern auch Vertreter der dänischen und der englischen Sozialdemokratie das Wort nehmen sollten. Sie wollten in ihrer Rücksicht die friedliche Besinnung ihrer Völker zum Ausdruck bringen. Genosse Pöller als Vorsitzender des sozialdemokratischen Zentralvereins sah die durch das Vereinsgesetz geforderte Genehmigung zum Gebrauch der dänischen und englischen Sprache in den drei Versammlungen nach. Der Polizeipräfekt erklärte ihm am 18. August folgenden Bescheid: „Am Auftrag des Herrn Regierungspräsidenten teilte ich Ihnen ergebenst mit, ob die Genehmigung zur Führung der englischen und dänischen Sprache in den drei Versammlungen verfügt wird.“

Pöller erhob Einschwerde und berief sich auf Absatz 2 des § 12 des Reichsvereinsgesetzes. Die Vorschrift des Absatz 1, ob die Verhandlung in öffentlichen Versammlungen in einer Sprache zu führen sind, findet danach u. a. auf internationale Kongresse seine Anwendung. Der Beschwerdeführer erklärte, es gäbe hier um Veranstaltungen handelte, die als internationale Kongress im Sinne des § 12 Absatz 2 zu bezeichnen seien. Im übrigen habe § 12 des Reichsvereinsgesetzes nicht verbieten wollen, dass ausländische Parlamentarier in ihrer Muttersprache zu deutschen Parteifreunden sprechen.

Der Regierungspräsident in Schleswig wies die Beschwerde ab und führte aus: Es liege klar zu Tage, dass es sich hier um einen internationalen Kongress nicht gehandelt habe. Es seien lediglich sozialdemokratische Versammlungen geplant worden, in denen einige ausländische Sozialdemokraten als Redner auftreten sollten. Es erschien auch nicht erforderlich, für derartige Veranstaltungen eine Ausnahme gemäß § 12 Absatz 1 ff. des Vereinsgesetzes zu gestatten.

Der Regierungspräsident machte Pöller noch geltend, dass der Erziehungsgesetz des Reichsvereinsgesetzes habe den sogenannten Sprachenverbot lediglich den Zweck, dass die verschiedenen, dass die fremdsprachlichen Volksteile in Deutschland, also Dänen und Polen, in den strittigen Sprachgebieten die deutsche Sprache im öffentlichen Leben zurückdrängen. Dass beim Parlament noch bei der Regierung habe die Abgeordneten, zu verhindern, dass ausländische Parlamentarier eben erst durch Dolmetscher vermittelt würden. Dieser Gesetzestext habe zur Freisetzung der internationalen Kongresse geführt. Jedenfalls würde die hier beliebte Anwendung des Gesetzes sich so weit von der Wirkung des Gesetzes entfernen, dass das Reichsgericht weiterer Kreise verboten werden würde, welche nicht im vorliegenden Falle eine Ausnahme gemacht werden, wie sie nach § 12 des Gesetzes mit Genehmigung der Reichsregierungsschreiber zulässig sei.

Der Oberpräsident wies die Beschwerde gleichfalls ab, ohne die Abweitung weiter zu begründen. Nunmehr erhob Pöller beim Oberverwaltungsgericht die Klage, über die jedoch vor dem ersten Senat verhandelt wurde. Der Richter entschied, es führe die Klage vertreten. Tatsächlich, so führte dieser aus, habe bei Schaffung des Reichsvereinsgesetzes kein Mensch daran gedacht, einzelne Redner aus Zuständen herkommen, daran zu hindern, in Deutschen Sätzen mit Hilfe eines Dolmetschers verständlich zu

machen. Der Zweck jener Bestimmungen sei nur der gewesen, die deutsche Sprache in den gemischtsprachlichen Gebieten mit einer entweder zum Teil polnisch oder einer zum Teil dänisch redenden Bevölkerung zu erhalten oder zu verbreiten. Es liege außerhalb des Willens der Gesetzgebung, in Stettin, wo die Dänen gar nicht hervortraten, Dänen und anderen Ausländern zu verbieten, in ihrer Muttersprache zu reden und ihre Reden durch Dolmetscher überlegen zu lassen. Auch habe der Beschwerdeführer und jegliche Kläger recht, wenn er Veranstaltungen der vorliegenden Art den internationalen Kongressen im Sinne des Reichsvereinsgesetzes gleich erachtet. Das Gesetz selbst keine Definition des Begriffs „internationale Kongresse“ gebe, und da das Reichsvereinsgesetz nach dem Willen des Gesetzgebers so ausgelegt werden solle, dass nicht Verhinderungen der ihr Vereins- und Versammlungsberechtigung entstehen, so sei die in den Beschwerden vertretene Ausschluss gerechtfertigt.

Das Oberverwaltungsgericht wies inbessern die Klage ab, ohne noch die Gründe zu verklagen. Durch diese Entscheidung ist die denkbare reaktionäre Auslegung und Anwendung des Reichsvereinsgesetzes, wie sie die Verwaltungsbehörden über, bestätigt und für berechtigt erklärt. Mit dem Kieler Fall ist zugleich über die Maßnahmen des Bismarck'schen Regierungspräsidenten entschieden, durch die Männer wie Jaures und Seitz Hardic unmöglich gemacht wurde, in ihrer Sprache einige Worte vor deutschen Arbeitern zu sagen.

Es ist traurig und schmachvoll, dass im Deutschen Reich derartige kleinliche wie volksfeindliche Polizeiheldentaten geschehen dürfen. Ein Reichsgesetz, auf Grund dessen solche Maßnahmen verboten werden können, die uns vor allen zivilisierten Ländern lächerlich machen, das ist die „beste Frucht“ der Bülow'schen Blockpolitik“.

Nicht nur über die Schändlichkeiten der Bismarck'schen blau-schwärzen Ära, ebenso über die „Fröhlichkeit“ der konservativ-liberalen Ära muss das deutsche Volk bei den nächsten Wahlen sein zorniges Urteil sprechen!

Moderne Sozialistentötung.

Die Angst der herrschenden Schichten vor der roten Flut wird von zahllosen politischen Projektentnachern zur Förderung ihres Geschäfts ausgenutzt. Jeder Tag gibtet einen neuen Plan und für jeden dieser Pläne lässt sein Erfinder die Garantie des unfehlbaren Erfolges. Sind erst ein paar hochgestellte Personen für die Idee gewonnen und gelingt es, das nötige Kleingeld aufzubringen, so wird prompt jedes gewünschte Maß von Sozialistentötung ins Haus geliefert.

Nicht alle diese Projekte haben das Glück, über den Feindzustand hinauszukommen, die meisten scheinen natürlich an der Geldfrage.

Zwei davon sind indes in der letzten Zeit

reif geworden und werden, wenn kein unvorhergesehener Zwischenfall eintritt, binnen kurzem in die Öffentlichkeit treten.

Zunächst soll ein großes staatserhaltendes Berliner Montagsblatt begründet werden, das dazu berufen ist, den Beweis zu erbringen, dass man „modern“ sein kann, ohne radikal zu sein“.

Das Blatt soll unter Führung eines Generals a. D.

der noch links gerichteten Massenströmung energisch entgegenarbeiten, zugleich aber in allen unpolitischen Dingen das Modernste vom Modernen sein. Man beabsichtigt, zahlreiche

moderne Dichter und Schriftsteller von Auf, wie z. B. Gerhart Hauptmann, Hermann Bahr, Ludwig Fulda usw., zur Mitarbeit einzuladen und durch das Angebot kostloser Honorare

für die ersten paar Wochen hat man es ja — zu fördern.

Einige dieser Herren sollen sogar bereits zugezogen haben.

Natürlich werden diese „Intellektuellen“ in die Politik nichts

breingezogen haben, die wird vom Herrn General und seinem Stabe besorgt werden, während die „Intellektuellen“ durch

ihre Namen für die Reklame sorgen und dem Unternehmen

die nötige Zugkraft verleihen sollen.

Ein anderes Unternehmen, das gleichfalls der Dosis folgt „modern“, aber nicht „radikal“ zu sein, trägt nicht minder heiteren Charakter. Den Berliner Freien Volksbühnen,

wenn man auf dem Wege der Polizeischikanen, trotz aller Mühe, die man sich gibt, denn doch nicht bekommen kann,

soll jetzt ein Konkurrenzunternehmen in Gestalt einer Deutschen

Bühne entgegenstellen werden. Diese Nationale Bühne will

für billiges Geld klassische und moderne Stücke, dazwischen

aber auch „nationale Gesellschaft“ zur Veranschaulichung und

Lebendigkeit der vaterländischen Geschichts zur Aufführung bringen.

Was zur Eröffnung des eigenen Theaters, das als „National-

theater“ von einer Aktiengesellschaft begründet werden soll,

wird im Neuen Königlichen Operntheater und im Theaterpalast

des Kriegervereinshauses geholt werden. Das Publikum soll

sich aus allen Ständen rekrutieren, vor allem den Mitgliedern

des Kriegervereins, den Angehörigen des aktiven Heeres, Be-

amten, Lehrern, Schülern und Schülerinnen. Mit andern

Worten, die Militär und Schulverwaltung sollen die Pro-

tektoren des neuen „Kunstinstituts“ spielen, dessen offizielle

Aufgabe die Pflege noblerster Liederkunst ist.

Rückt nun verdeckt Beobachter müssen freilich über die

Moralität der Leute lächeln, die mit „modernen“ Reichsverbands-

papieren und dramatisierten Siegesalleen einen „Damm gegen

die rote Flut“ aufziehen wollen. — Über bei dieser Gelegenheit

werden Redakteurs-, Generalsekretärs-, Direktors-, Regisseurs-

und andere Posten und Postelchen geschaffen, und so hat die

Sache doch schließlich auch einen gewissen Zweck.

Der Budgetstreit vor dem Parteitag.

Magdeburg, 20. September 1910.

Heute morgen fand, nachdem am Montag läufig aufgeräumt war, an die Beratung der vielberührten Budgetfrage herangegangen werden. Es lagen dazu außer den zahlreichen Resolutionen der Parteiorganisationen weitere Resolutionen vor. Vor allem die des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, die ja in ihrem ersten Teile die Budgetfrage zu einer prinzipiellen Stempel und in ihrem zweiten Teile die Badener Skandale verurteilt. Sie enthält sogar die Behauptung, dass die Badener in bewohnter Weise gefeuert haben. Ein Zusatzantrag, der eine wesentliche Verschärfung bedeutet, verstoßen, sich damit außerhalb der Partei stellen. Diese Resolution droht, wie vom Vorsitzenden mitgeteilt wurde, 208 Unterschriften, hat also die Majorität. Es hätte also, da hier schon das Resultat feststeht, die Debatte oder die Behandlung gestoppt werden können. Ein mit über 100 Unterschriften verbundener Antrag verlangt die Einlegung einer Studentenkommission, die die Frage der Budgetbewilligung prüfen und einem späteren Parteitag erläutern soll. Es ist die Resolution, die der Anregung des Genossen Braun-Rönningberg entspricht und auch in unserer Zeitung zustimmend besprochen wurde.

Nach Erledigung der formalen der Prozeßführung — die „Angeflogenen“ erhalten unbeschränkte Redezeit und ein Schlusswort — nahm Genosse Böbel unter großer Spannung das Wort. Er erörterte zunächst die rein rechtliche Seite des Faltes und legte an die Veröffentlichungen Franks und Holsts über die Frage die Kritik an. Er charakterisierte die Nationalliberalen und verspottete die Badener, die bei dem Fall doch die Verteidiger seien worden. An einer Reihe von Ausprüchen des Kaisers und Bismarcks fand er die Belanglosigkeit der Rede Bodmanns nachzuweisen, wobei es lärmische Heiterkeit eregte, als er den Minister als „Genosse Bodman“ bezeichnete.

Wiederholte gab es lärmische Heiterkeit, aber auch sturmischen Brotoft der Süddeutschen und ebenso lärmische Zustimmung der Norddeutschen, wenn Böbel sich die Konsequenzen aufzeigt, die nach seiner Meinung die Budgetzustimmung haben müsse. Er erörterte auch die Tatsache, dass er sich befreit gehabt habe, die Badener auszufüllen, aber die Erwähnung, dass man ihnen den guten Glauben nicht absprechen könne, habe davon abgehalten. Er kam auch auf den Vorschlag des St. Galler Disziplinarbruders zu sprechen und erklärte eingehend die damalige Situation. Damals sei um Indemnität nachgefragt und diese auch erteilt worden. Böbel wandte sich auch gegen den Amendentum des 208. Er schloss schließlich mit der von allen Seiten lärmisch bejubelten Parole: „Immer vorwärts, ohne Rückflucht auf rechts und links!“

Dann kam Genosse Frank, um in sätzlicher Ausführlichkeit Reden den Standpunkt der Badener zu vertreten. Er suchte Punkt für Punkt an der Hand der Entwicklung der politischen Verhältnisse Badens nachzuweisen, dass sie nicht anders handeln können, wenn sie nicht dem Zentrum, das sie eben aus der Macht durch das Wahlabstimmung mit den Nationalliberalen hinausgeworfen, wieder dazu verhelfen wollten. Seine Rede enthielt manche treffende und witzige Pointen. Sie war getragen von einer verhältnismäßigen Wärme für die Partei und wurde, ebenso wie die Rede Böbels, mit großer Spannung angehört und applaudiert.

Die Debatte am Nachmittag war außerlich scharf zugespitzt. Besonders Genosse Böbel, der die schärfsten Register und drohte, wenn die Badener nicht nachgaben, mit der Entzugsung der Unterstützung der Süddeutschen und schärferten Maßnahmen, was die Süddeutschen zu den Käffchen protesten provozierte und zu der Erwiderung, dass sie auf diese Hilfe verzichteten. In bunten Reihen abwechselnd ein Delegierter von der Rechten und Linken. Die Verhandlung gehalt sich außerordentlich temperamentvoll und löst kaum einen milde Ausdruck der ganzen Anwesenden erwartet. Sie dauerte wohl mindestens den ganzen morgigen Tag dauern und womöglich auch noch den Donnerstag vormittag.

Deutsches Reich.

Angeblich keine neuen Steuern.

Beimann-Holweg hat sein Herrensitz verlassen, um in Berlin an der Errichtung des Reichstals, die diesmal außerordentlich schwer ist, mitzuheulen. Von einigen Seiten wird bestritten, dass es sich, wie vermutet wurde, bei der Beratung des Reichstals mit den Ministeriums und Staatssekretären um neue Steuern handle. Adwar... Adwar...

Herrne ist gefragt worden, dass in der Sitzung des Staatsministeriums am Montag die Frage der Kriegsfesten beraten wurde. Der Q.M. erklärt, dass diese Frage nicht auf der Tagesordnung gestanden habe.

— Preußische Minister haben als Beauftragte der in Preußen herrschenden Elitarei der Junta und der sonstigen Ritterlichen die Pflicht, von einer Kriegsfest nichts zu wissen.

Folgen des Zeppelin-Katastrophen.

Die B. R. A. melden aus Köln: „Obgleich die letzten Umstände, welche die Zeppelin-Katastrophe betroffen haben, das Vertrauen auf die Verwendbarkeit dieser Ballone im Kriegsfall nicht erfüllten konnten, zeigt man doch in militärischen Kreisen der Auffassung zu, dass es ratsam sei, sich nach französischem Muster die Kriegsfesten zu legen zu geben, um keinen Umstand unter keinen Umständen das starke System verurteilt werden darf. Jedesfalls dürfte schon deshalb militärisches Gefecht der Anfang eines weiteren Zeppelin-Katastrophen unterbleiben, weil die Kosten für die Errichtung einer Anzahl solcher Ballone zu hoch sein würden. Alle den Kriegsfall müsste aber eine ganze Anzahl bereit gestellt werden, da man mit Vernichtung eines Teiles dieser Ballone rechnen muss, die mit einer Höhe von 800 Metern erreichen dürfen, um im Kriegsfall ihre Aufgabe noch gewachsen zu sein. Vor einiger Zeit hat unter Vorsitz des Inspekteurs der Festungsstruppen General Böckeler in Berlin eine Tagung der Kommission stattgefunden, die zur Erörterung der Urfäden des Welburschen Zeppelinmühlens eingefestigt worden ist. Die Beratungen wurden streng vertraulich geführt.“

Die „Anerkennung“ des letzten Systems scheint nur ausgesprochen zu sein, um den Grafen Zeppelin nicht zu verletzen.

Die Versicherungsordnungskommission
nahm am Dienstag ihre Arbeit wieder auf. Die Beratungen begannen mit dem dritten Punkt der Vorlage, Unfallversicherung.

Der erste Teil vereinigt die Gewerbeunfallversicherung und beginnt mit der Rechtsstellung des Hauses der Versicherung (§ 580). Hierzu lehnen die Sozialdemokraten den Antrag, den Verteilungskreis auf alle der Krankenversicherung Unterstehenden sowie auf alles Sozialversicherung und alle bei Betriebsarbeiten verunglimpften Personen auszudehnen. Falls dieser Antrag abgelehnt wird, sollen um einzelnen eine ganze Reihe besonders gefährdeter Arbeitnehmer in die Versicherungspflicht eingezogen werden. Einige Wollenbucht begründet diese Anträge und verweist insbesondere auf die sozialpolitische Sollstufe vom 17. November 1881, die von der Röhrerei für die Arbeiter im allgemeinen spricht. Bei dem Tempo der Erweiterungen der Unfallversicherung würden in Zukunft hunderttausende dieser Versprechungen noch nicht erfüllt sein. Ministerialdirektor Dr. Kautz wendet dagegen ein, daß die Unfallversicherung seinezeit an das Kapitalgesetz angeknüpft habe. Der Inhalt der Kapitalversicherung habe man sich angezöggt. Bei der Zeit von der Mutter sei natürlich nur zögernd vorgegangen worden. Schauermann, nationalliberal schlägt sich zum Teil zu sozialdemokratischen Ausführungen an und spricht besonders für die Sicherung der Landesbeschäftigung. Bebrems (christlich-sozial) beantragt, die Wärmereien und Friedhofselektren, sowie die Kronen, wird, wenn es an der Unfallversicherungspflicht zu unterscheiden. Die Sozialdemokraten verlangen in ihrem umfangreichen Antrag beobachtet.

Mollek schlägt entgegen dem Direktor Aspar, der verpflichten habe, daß durch das bürgerliche Recht die Haftpflicht weit über den Rahmen des alten Haftpflichtgesetzes hinaus ausgedehnt würde. Das überzeugt weist er auf einer Reihe von Beispielen die Weitverbreitung der Verordnung der Ausdehnung der Unfallversicherung nach. Sommer (sozialdemokrat) möchte die Lehrer einzupflegen seien, wenigstens soweit sie Turnunterricht erzielen. Joszi Vertreter des Zentrums ist und behält wiederum sich gegen die weitere Ausdehnung der Versicherung, ebenso erklärt der Konferenzrat Pauli sich gegen alle Anträge auf Ausdehnung der Versicherungspflicht. Er gibt zwar zu, daß die Tischlermeister selbst eine Ausdehnung auf alle Betriebe wünschen, er habe für seine Verfehlte nicht dagegen (womit er selbst Tischlermeister ist), aber er weiß nicht, ob seine Praktikantinnen keine Meinung teilen. Gehen eine Ausdehnung der Versicherung auf die Feuerwehreleute nicht auf der Nationalliberalen Seite ein, nicht, weil er sie nicht berücksichtigt habe, er verlangt hierfür ein besonderes Gesetz. Den kleinen Werkstatt die Ausdehnung der Versicherung auf die Kaufmannschaft Petrie zu weit, er möchte eine schwächer Abgrenzung noch eben haben, damit die kleineren Betriebe von der Versicherungspflicht ausgeschlossen sind. In einer angehobenen Stunde, in der der sozialdemokratische Seite wiederholt die kleinen Wollenbucht und Hoch das Wort nehmen, wird eine ganze Reihe Einschätzungen über Ausdehnung, Einräumung und Abschaffung der Versicherungspflicht besprochen. Wollenbucht weist den Einwendungen gegenüber, daß man die sozialdemokratischen Anträge weder ihrer Tragweite nicht entsprechen könne, darauf hin, daß ein Regierungsentwurf vom Jahre 1884 bereits alle diese Forderungen erfüllte; damals ist über dieser Regierungsentwurf bis an den Bandstand gelangt und unter dem Eindruck der Schwarzmüller dort jedoch gebrochen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden schließlich bis auf einen einzigen abgelehnt. Die auf sozialdemokratischen Antrag angenommene Änderung unterstellt die Vinnentricher der Versicherungspflicht. Alle jüngsten Abänderungsanträge zu § 580 werden nach abgelehnt und der Paragraph im übrigen in der Regierungsauffassung angenommen.

Schöniges Verfahren.

In der Justizkommission des Reichstags wurden die Beratungen am Dienstag mit dem Kapitel „Schöniges Verfahren“ wieder aufgenommen.

Nach den Abstimmungen der §§ 410 bis 420 der Regelungsvorlage können auch Vergleiche für deren Beurteilung das Amtsgericht zulässig ist, im schulmischen Verfahren behandelt werden. Das schulmische Verfahren wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Sachen eröffnet, wenn der Verdächtige auf fristlose Tot ergriffen oder verfolgt wird, oder wenn dieselbe geständigt ist. Am schulmischen Verfahren soll die Anklageschrift fort, die durch den Antrag auf Einziehung des schulmischen Verfahrens erfragt werden soll. Dieser Antrag kann mündlich gestellt werden. Die Hauptverhandlung muß dann spätestens am nächsten Werktag stattfinden. Jungen, Sachverständige und Angeklagte können von jedem Polizei- oder Gerichtsbeamten mündlich geladen werden. In der Hauptverhandlung dürfen Zeugen nicht mit. Der Einpruß des Angeklagten gegen das schulmische Verfahren wird von dem vernehmenden Richter geprüft und von diesem entschieden. Wenn der Angeklagte glaubhaft machen kann, daß er auf seine Verteidigung nicht genügend vorbereitet ist, so ist die Zarte auf dem Weg des ordentlichen Verfahrens zu verfahren oder die Verhandlung ist auf drei Tage auszudehnen. Wenn ein im schulmischen Verfahren ergangenes Urteil ohne Berufung eingestellt werden.

Über diesen Abschnitt handelt eine Generaldiskussion statt, da den beiden sozialdemokratischen Kommitteeabgeordneten und dem Abgeordneten Schmidtmann wurde, den ganzen Abschnitt, der eine bedeutende Veränderung des § 411 der geltenden Strafprozeßordnung in sich tritt, zu überlassen. Mit voller Nachdruck weisen unsere Geheimnisse auf die Geschäftlichkeit der neuen Bestimmungen hin. Wenn man theoretisch auch einige schwierige Vorteile aus dem Entwurf heranzieht, so wurde in der Praxis diese Voraussetzung dem Ausschussteam sehr nachdrücklich gemacht, denn in letzter Linie bedeutet das schulmische Verfahren in der vorliegenden Form nichts anderes als eine Aburteilung des Verdächtigen unter Ausschluß aller Verfehlungen.“

Sozialdemokraten, Konserватoren und Archivisten, letztere mit einer Annahme, erfüllten ihr im Prinzip für die Ausdehnung des schulmischen Verfahrens über die bestehenden Bestimmungen hinaus, um legten die schulmische Art daran, daß der Angeklagte eine Aufzähmung zur Einleitung des beschuldigten Verfahrens zu geben hatte.

Zur Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag und damit auch der Antrag Schmidts auf Streichung des Abschlusses gegen die Stimmen des drei Abgeordneten und eines bestimmt abgelehnt. Es kam zu § 410 mit knapper Mehrheit angenommen.

Vereinzelte weitere Anträge der Sozialdemokraten und zum Teil des Abgeordneten durch die eine Widerung des schulmischen Verfahrens bestimmt wurde wurden durch die Mehrheit von Konservatoren, Archivisten und Nationalliberalen abgelehnt.

Göttinge Waffen.

Die drei Neuen Zeit in in letzter Zeit mehrfach die Feste der Landesverteidigung erörtert worden: die Vorschläge, die dabei gemacht werden und, welche der Anerkennung schwer im Wagen zu liegen. Das Konferenzblatt sagt:

Die Sozialisten wollen nämlich eine höheren ohngelegten Ton an den Landesverteidigungsmannen, in Provinzialsoldaten, Landesverteidigungsmännern, Landesverteidigungsmännern von jedem anderen anderen, als daß man berate, wie die Landesverteidigung mehr gehandelt, noch rechtlos gemacht werden können. Sie können ferner den Landesverteidigung vorreden, daß eine Landesverteidigung soll einen halben Tag beim Guischesiger arbeiten

müsse, nur um die Steuer für ein Badel Freiburg aufzubringen, und doch eine arme Frau, die für 125 M. Waren kauf, davon nicht weniger als 60 M. — also die Hälfte — Steuer zahlen müsse. Solcher Schwund spricht sich herum und die Bürger werden bald entdeckt und — zum Dorse hinauskomplimentiert.“

Wie dieses „Hinweiskomplimentieren“ zu verstehen ist, wird jeder wissen, der das Areal der Konservativen an „geringen“ Waffen einigermaßen kennt.

Plumper Schwabel.

Durch die gesamte bürgerliche Presse ging eine Notiz, nach der der politische Abgeordnete Van Noortman in einer Versammlung in Baulsdorf (D.-S.) von antwortenden Sozialdemokraten niedergeschlagen und sogar mit dem Messer geschlagen worden sei. Die ganze Nachrich ist großer Schwund und soll nur der Zweck haben, das politische und wirtschaftliche Renommee des Denkmalen Noortman wieder etwas zu befestigen. Die Nationaler Zeitung, ein nationalliberales Blatt der Gründerei, das die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit in der gehässigsten Weise angreift, muß selbst zugeben, daß es keine Sozialdemokraten waren, die in Baulsdorf Noortman niedergeschlagen und tödlich angegriffen hätten. Das Blatt schreibt widerlich:

„Von unparteiischen und unbefangenen Zuhörern wird aufs bestimmtste verheißen, daß der Name von denjenigen politischen Arbeitern entsteht, die in Baulsdorf 1903 zusammengesetzt und seine Wörter waren.“

Den von den Sozialdemokraten ihm angeblich beigebrachten Messerstiel hat Noortman glatt erstanden, nur um sich bei seinen politischen Wählern, die in Wollen von ihm abstimmen, in empfindende Erinnerung zu bringen. Wie bemerkten damals zu der Schwund, daß man wahrscheinlich nur der Zweck habe, dem edlen Van de Wachterstraat auf edle Hempe zu drücken.

Die Toleranz.

Es ist längst bekannt, daß es mit der ultramontanen Toleranz nicht weit her ist, obwohl im Lager der Schwarzen fest und mit Eifer das Gegenteil behauptet wird. Trotzdem verdient eine Auskunft festgehalten zu werden, die der Pariser Kuriere bringt. Es wünscht, daß man endlich damit aufhören solle, Pauschal in Gläubersachen zu über. Wörtlich schreibt er:

„Der Begeiß der „Toleranz“ kann in der katholischen Kirche nie das Bürgerrecht erlangen. Es ist immer etwas Schiefes und Ungenügendes, sicher etwas Missbehändliches, schon deswegen, weil man auf katholischer Seite nicht zwischen „Toleranz“ gegenüber dem Dogma und gegenüber den Personen unterscheiden kann. Wo man trotzdem auf katholischer Seite von Toleranz spricht, geschieht es infolge eines Zugeständnisses an Andersgläubige, denen vor der katholischen Kirche Angst gemacht worden ist und denen gestattet werden muß, daß sie bei der katholischen Kirche nicht nur die „Toleranz“, die sie wünschen, finden, sondern noch weit mehr. Am längsten ist der Begeiß der „Toleranz“ ein Produkt der Deutlichkeit, wert und zeit, daß er verschwinden.“

Im Pariser Kuriere wird man schmerlich beobachten, daß die heiligen Herzen längst vorüber sind, allwo man Reizer zur ganz besonderten Ehre des lieben Gottes braten und schwören kommt.

Die feindselige „Studentenreise“. Zum Studium der Lage in Giauchoffu ist der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Görsch mit Korvettenkapitän Brüningshaus in Ningau eingetroffen. Sie werden acht Tage dort verbleiben und sich dann auf weitere acht Tage in das Hinterland begeben. Im Ningau findet zuerst „als feindselige Einladung“ dieser Studentenfahrt ein „colonialer Wettbewerb“ im Hause des Gouverneurs statt.

Für die Konkurrenzlaufst. Der Verband der Kaufmannschaften der Kaufmannschaften Deutschlands tritt in einer Einigung an den Handelsminister für Beibehaltung der Konkurrenzlaufst. ein. Er erachtet ihre Zulassung für eine unbedingte Notwendigkeit sowohl für Handlungsbürokrat und volljährige Lehrlinge als auch für technische Angestellte und Arbeiter. Nur erachtet er, die Bedingungen einschließlich zu gestalten, weil eine Unterscheidung der einzelnen Kategorien vielfach auf Schwierigkeiten stößt. Die Konkurrenzlaufst. sei nur in denbringenden Fällen anzuwenden. Somit anfangig, so ist sie ihrer Härte entledigt werden.

Zur Förderung der Fleischnot beschloß die Stadtverwaltung in Hagen, 2000 M. zur Hebung des Fleischverbrauchs zu benützen. In den verschiedenen Städten sollen Fleischaufschlachten eingeschlagen und der Verkauf ausländischen Großhändlern unter ständiger Aufsicht übertragen werden. Gleichzeitig soll wegen der Fleischsteuer eine Eingabe an das Ministerium gerichtet werden, in der um Erleichterung der Einfuhr für ausländisches Fleisch, Belohnung der Quarantäne für britisches Fleisch, Belebung des Fleischmarkts und vorübergehende Aufhebung der Einfuhrzölle für Fleisch und Futtermaterial ersucht wird.

Bund und Bund der Handwerke. Der Nationalzeitung ist eine Botschaftserklärung des Bundes der Handwerke in die Hände gefallen. Das Schriftstück ist „Kriegsgruppe des Bundes der Handwerke Schmidtbachendorf“ unterzeichnet und beginnt mit folgenden Sätzen:

„Zu unserer großen Bedauern ist uns zur Kenntnis geworden, daß seit förmlicher Geschäftsfestst. Kursus sich als Mitglieder des Handwerks unterzeichnet haben. Die Kriegsgruppe des Bundes der Handwerke von Schmidtbachendorf hat nun bei der heutigen Abend förmlicher Besammlung einstimmig beschlossen, bei denjenigen Kürmer Geschäftsfestst. so lange dieselben dem Handwerk angehören, keine Waren mehr von denselben zu beziehen und deren Geschäftshäuser zu meiden.“

Die Deutsche Tagesschau aber wird nach wie vor die Meidungen über agitatorische Propagandastrategien als erfunden und erlogen bezeichnen.

Der Hergenröhring nach rechts. Eine unter dem Einfluß des Freiherrn v. Hart schaffte Vertretungskammerversammlung der nationalliberalen Partei des Wahlkreises Worms-Ludwigshafen stellte für die Delegierten zum Kölner Parteitag der nationalliberalen Partei als Mächtigkeit auf, daß Friedensverhandlungen mit dem Bund der Handwerke angelängt würden und daß die Verfehlung des Unterstüzung des Handwerkes verlangt wird. Auch sollen keine politischen Gemeinschaften mitarbeiten. — Die Wormser Nationalliberalen gehörten mit zu denen, die es als primär empfanden, daß in ihrer Parteizeitung immer noch das Wortlein „liberal“ enthalten ist.

Konservative Rache. Der Kreisarzt Dr. Thomalla in Johannisthal (Oberspreewald), der Leiter des dortigen Kreiskrankenhauses, der im letzten Wahlkampf im Wahlkreis Ost-Cleyo zugetragen ist, in dem Konservatoren stark hervorgeholt und der Konservativen geraten war, ist im Interesse des Dienstes nach Altenau-Bodenheid versetzt worden.

Der neue Kast für Klauschau

wird einige Posten enthalten, die der Reichstag bei den letzten Staatsverhandlungen gefügt hat. Aus den bisherigen Einnahmen soll 280 000 bis 300 000 M. mehr als bisher erzielt werden. Die neu eingestellte Kastenverwaltung beläuft sich um 200 000 M. und gefestigt. Eine weitere Erleichterung der Einnahmen um 200 000 M. wird erwartet, wenn die von China angeregte Zollabschaffung um 2½ nicht eingestellt werden. Die Zollsteuer wird zunächst noch weitere Einnahmen in Prag kommen. Der neue Kast für das Schutzbüro wird im übrigen zum erstenmal einen von dem bisherigen abweichen Charakter tragen. Die beiden gewerblichen Unterneh-

mungen, daß Klingauer Elektroindustrie und die dortige Wirkung einem Direktor unterstellt sind werden auch als gewerbliche Wirkung aufgestellt werden, aus der genau ersichtlich ist, wie sich die Wirkung und Ausgaben gestalten. Die Bilanzaufstellung wird als Anlage dem Staat beigegeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dienen, bei diesen beiden Unternehmungen berücksichtigt. Nur eine Ausgleichsumme und die Beamtengehälter werden in den Kast eingefügt.

kleine politische Nachrichten. Wie Wiener Blätter werden die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle und der Budgetkommission als Unterlage einen Bericht abzugeben und soll der Budgetkommission als Unterlage dieser Untersuchungen, wie sie sonst beim Staat steht, vorgelegt werden.

Die Budget. Die Wiener Blätter haben die Angehörigen des Südbahn die Befreiung der Befreiung als beständig erklärt und die normale Arbeit auf allen Strecken wieder aufgenommen. — Im Bankstage drohte Gehmann nach einer Ausschusssitzung vor elf Mitgliedern zur Untersuchung der den Staat betreffenden Ausfälle

Sommerlos. Die Intervention der serbischen Behörden verhindert. Serbische Gendarmerie ist nach der Grenze abmarschiert. Die serbische Presse protestiert gegen die österreichischen Herausforderungen.

Die Budgetdebatte auf dem Parteitag.

Bogdung, 21. September. (Privattelegramm.) Die Abstimmung über die Budgetfrage wird fortgesetzt. Anfang, ein Unterstützer der Schärferung des Osborn-Urturts, wendet sich gegen die Befürworter. Er kann seinen früheren Standpunkt nicht mehr beibehalten. Er setzt für die Resolution des Parteiverbandes. Wie erzählt auch die Delegation der Gewerkschaften Nordbahnen, die den Disziplinar-Komitee unterstützen. Der Antrag auf Einführung einer Studienkommission muss unterdrückt werden. (Vorfall bei der Mehrheit.)

Maurer-Windmühlen erkennt die verbindliche Taktik Bebels an. Bebel hat sich beim Vorwurf und Prophezeien ebenso gezeigt wie andere. Die Zunft der Partei kann nicht immer die gleiche bleiben. Zu Außen erwarten praktische Erfolge in Staat und Gemeinde. Dieser Dorthit im Süden will auch auf den Kampf der Gewerkschaften in Bezug ein. In München besteht ein gutes Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaften. Der Versicherungsantrag zu der Gewerkschaften ist gegen Verfassung und Statut der Partei. (Vorfall bei der Mehrheit.)

Novaugburg: Die Süddeutschen haben kein neues Argument für die Budgetverbilligung vorgetragen. Im badischen Sonntag sind feinerlei prinzipielle Forderungen durchgedrungen worden. Es gibt nur Kompromiss erungen worden. (Widerspruch.) Man hat noch goldenen Schatz geprahlt und war froh. Regierungskreise zu ändern. Die Blockbilder unserer badischen Gewerkschaften, die Nationalarbeiter, haben die ausgemergelten Textilarbeiter ebenso brutal auf das Plakat geworfen, wie es in Sachen und Werken geschah. Durch Abstimmung zum Budget wurde das Zustandekommen der einzelnen Feste nicht in Frage gestellt. Das sind getrennte Dinge. Die Süddeutschen sagen: Und das Volk obwohl, wenn es untenen Willen hat. (Es schreibt sich lauter Widerspruch, weil Gewissenswürgung die Mehrheit vom überzeugen hat.) Die Mehrheit verträgt unter sturmhaften Aufschrei der Mehrheit die Teilnahme.

Wittmann-Sollingen steht zur Geschäftsaufstellung fest. Gewissenswürgung sei von der Minderheit des Vorstells abgewandelt worden. Stadttagen kontrahieren zur Geschäftsaufstellung, der Gewissenswürgung nach 10 Minuten Abstimmung einzuräumen.

Verschender legt erster Antrag für ungültig und nimmt den Aufruhr der Parteileitung folgt zu leisten. Gewissenswürgung in Augsburg vergleicht auf längere Weite, und ebenfalls nicht wieder Rücksicht ein.

Hellmann-Chemnitz: Wieder die Badenser noch Rosa Augsburg haben neue Argumente vorgebracht. Die Frage der Budgetverbilligung sei aufgeschoben worden. Auch im Reichstag sei die Budgetverbilligung keine wichtige Demonstration. Diese Abgeordneten hörten bei der Budgetabstimmung Worte und gingen hin zu der Budgetverbilligung habe nur Sinn, wenn mit ihr die Gewerkschaften verbündet sei. Das habe schon Bassele gefragt. Sie ganz Frage sei eine tatsächliche und keine prinzipielle. Möge die Gewerkschaften die Frage der Budgetverbilligung entscheiden. Eine Demonstration, die keinen ernsten Zweck verfolge, werde auch vom Regierungs nicht ernst genommen.

Kraatz-Frankfurt a. M. fordert getrennte Abstimmung über die Vorschlagsrechte. Über die Budgetfrage könne man verantwortbare Meinung sein, der Disziplinarbruch müsse aber verurteilt werden. Die Badenser hätten tatsächlich und politisch unrecht gehandelt. Die Abstimmung habe zu wenig Führung mit den Wählern gehabt, namentlich in der Frage der Gemeindewahlreform. Die gelangte politische Lage will die Abgeordneten abhalten sollen, das das Budget zu stimmen. Sie hätten mit dem Parteiwohnsitz fühlung nehmen müssen und um Zustimmung nachzuholen sollen. Die häufigen Diskussionen und Szenen im Kreis waren dann ergebnislos.

Ulrich-Düsseldorf warnt vor Uniformierung. Die Verhältnisse in den Gewerkschaften seien zu verschieden.

Leymann-Mannheim spricht den Mensch aus, die deutschen Parteitags müssen endlich vom badischen Bratzen verschont bleiben. Sie trauten jedoch die Haltung der badischen Tradition, Frank und Gewissenswürgung sei ihnen. Sie könnten das auch, wenn sie wollten.

Meier-Hettberg polemisiert gegen Lehmann. Dieser sei immer das Spektakel des Zentrums. Redner deutet an, dass Lehmann im Wahlkreis Nordbaden vom Zentrum abdrängt. (Vorfall bei der Mehrheit.) Redner polemisiert gegen Kraatz.

Klara Zettl wendet sich gegen Seil und Bildendbrand. Das Verhalten der Budgetverbilliger zieht auf die Einführung einer ganz neuen Zunft hin. Der Antrag wegen Einführung einer Untersuchungskommission ist unmöglich, wenn sich die Partei nicht eine Untersuchungskommission wünschen wolle. Die badischen Budgetverbilliger hätten nicht einmal tatsächlich richtig gehandelt.

Laußel-Darmstadt wiederholt, dass aus der Budgetverbilligung keine prinzipielle Frage werde, auch wenn der Parteitag das genau befürchte.

Gebhardt wendet sich gegen Hellmann, der das Wesen des Parteiverbands völlig mißversteht. Die Budgetverbilligung sei keiner Demonstration als vielmehr eine politische Handlung, die als solche wirken müsse. Die Wirkung dieser Handlung werde aber abweichen, wenn die Gewerkschaften in den Einzelanträgen das Budget bestimmen. Hier müsse Einheitlichkeit herrschen. Die Badenser hätten bereits Stolz und Würde gezeigt, wenn sie wegen der Worte eines Ministers dem Pfaffenstaate die Mittel zur weiteren Existenz bestätigt.

Taub begründet den Antrag auf Einführung einer Kommission. Er steht gegen den Vorschlagsantrag Zettl, der ein Ausnahmegesetz und eine Art Standgericht darstelle. Hinrichtungen seien nicht möglichs; der Antrag stelle aber eine automatische Selbsthinkrichtung dar.

Zörner-Gießen spricht für den Antrag Gebhardt. Der legte Redner der Vormittagssitzung Adolf Müller, führt aus, dass es in Bremen die Budgetverbilligung ein Verbotserlass für die Regierung bedeute, weil die Regierung dann keine Forme, was sie wolle.

Der berufliche Bemerkung weiß Lehmann-Wiesbaden die Befürchtung zurück, dass er aus Gründen seiner Wahl hier mit Gewissenswürgung operiert habe.

Das Osborne-Urturts vor dem englischen Gewerkschaftskongress.

Vierter Verhandlungstag.

L. K. Shefford, 17. September. Die bei weitem wichtigste Frage, die der diesjährige Kongress zu entscheiden hatte, war die durch das Osborne-Urturts geschaffene juristische Forderungen vorbereitet, und diese legte nun eine neue, vollständigere.

Der Kongress projektierte nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kongress projektiert nachdrücklich gegen das Osborne-Urturts, das die wirtschaftliche parlamentarische Vertretung der arbeitenden Klasse unmöglich macht, an der Arbeit von Gewerkschaftsvertretern teilzunehmen, und die Disziplinarkommissionen der Resolutionen, die den folgenden Wortlaut hat:

"Der Kong

Der Streif in der Brauerei zum Blauenschen Lagerfeller dauert unverändert fort.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und verw. Berufe
Zweigverein Dresden.

Soziald. Verein Dresden - Altst. 3. Bezirk.

Von Donnerstag den 22. bis mit Sonnabend den 24. September 1910

Zeitungs-Agitation.

Die Genossen haben sich abends 6 Uhr bei Pechfelder, Drehgasse 8, einzufinden. Jeder Genosse hat seine Pflicht zu tun.

Der Vorstand.

4., 5. u. 6. Wahlkreis.

Donnerstag den 22. September, abends 9 Uhr, im Volkshaus

Frauen-Versammlung

für die Genossinnen Groß-Dresdens.

Tages-Ordnung:

Bericht vom Internationalen Kongreß.
Berichterstattung von der Landesversammlung.

Deutscher Bauhilfsarbeiterverband Zweigverein Dresden.

Sonntag den 25. September 1910, vormittags Punkt 11 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im großen Saale der Zentralhalle, Fischhofplatz.

Tages-Ordnung:

1. Die Lehren der Lohnbewegung und des Kampfes von 1910.
Referent: Verbandsvorstand Gustav Behrendt, Hamburg.
1. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Zu jedem Punkt Debatte.

Der wichtige Tagesordnung entspricht, ist es Pflicht aller Kollegen, in diese Versammlung zu kommen. Mitgliederbuch legitimiert.

Der Zweigvereinvorstand.

Englisch

Anfangs-Kursus

Beginn: Mittwoch den 6. Oktober
abends 8 Uhr

Französisch

Beginn: Dienstag den 4. Oktober

abends 8 Uhr

Sofortige Anleitung zum Sprechen

vierteljährl. 20 Stdn. 5 M.

Anmld. bei der Lehrerin des

Volksteid.-Vereins,

Heckmannstr. 18, 2.

oder im Stundenlokal

Serrestraße 2, I. Ecke Amalienstr.

Diana-Bad

Bürgerwiese 22

Einziges

irisch-röm. Bad

Dresden im maurischen Stil.

Residenzbad

Weinstraße 8.

Russische, Dampf-, Kohlenkäse-

und Wannenbäder.

Postkarten

mit eigener Photographie

4 St. 1 M., Tugend 1.80 M.

Hefter

Photograph Richard Jähnig

Marlenstr. 1, in Kaufl. Wimp. 110

Fensterreinigungs-Institut

A. Möller & Co.

Dresden-II, Birkenstr. 81.

Reinigen von Schuhs, Wohnung-

u. Kontorfenstern, Glashäusern et-

z. Billig u. prompt. 12 Jahre beim Fa-

b.

Mit Erfolg wird angewendet

bei Blasenfelden, Ausläufer

Männer-Tee

(Stein-Gebenmittel)

pro Paket 1 M. nur erhält zu

haben bei

R. Freisleben

Postplatz.

Diskrete Freiheit.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. Sachsischen Reichstagwahlkreis.

Veranstaltung: Dienstagabend 8 Uhr

Strassen: Kreuzherrenstr. 27 G. 1

Gem. 1. Kl. Nr. 742

1 Uhr nach 8 Uhr 4 Uhr. Mittwoch

8 Uhr 1 Uhr abends.

So jahrl. die unterhaltende

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

Wahlkampf-Sitzung im

hübschlichen Saal

Regierung mit ihm

zu verhandeln. Ist es nicht

die zweite Räumlichkeit,

aber auch noch Dre

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 219.

Dresden, Mittwoch den 21. September 1910.

21. Jahrgang

Sächsische Angelegenheiten.

Kirchbach-Stiftung und Eisenbahner.

Wie gestern schon kurz mitgeteilt wurde, wird jetzt unter Eisenbahnangestellten und Eisenbahnarbeitern eine Sammlung in die Wege geleitet, deren Ergebnisse anlässlich des Besuches des Generaldirektors der Staatsseisenbahnen Kirchbach zu einer Kirchbach-Stiftung Verwendung finden sollen. Wie bei diesen Sammlungen verfahren wird, um einen Druck auf die Eisenbahner auszuüben, haben wir gestern erzählt. Die neuere Nummer des Reichseisenbahners zeigt etwas eingehender mit der Stiftung und den Eisenbahnern, denen Namen sie tragen soll. Es wird zunächst die Bekanntmachung hingewiesen, die die sofortige Entstaltung aller Eisenbahner androht, die Mitglieder des Eisenbahnverbandes sind. Dann heißt es weiter:

"Derer Bekanntmachung folgten nun unter den wichtigsten Kunden und Vorvorden Schlag auf Schlag die Maßregelungen. Am 1. Januar in Dresden, am 25. Juli 1909, folgten im gleichen Jahre, kurz vor dem Weihnachtsfest, dem Fest der sieben Eisenbahner, weil sie die Interessen ihrer Kollegen als Vertreter in den Generalversammlungen der Betriebskassenfeste und Arbeiterpensionskasse wirklich vertraten. Am 13. Juni 1902 fielen einer elenden Demunzierung ein Kollege zum Opfer. Die Generaldirektion schämte sich nicht, die schärfsten aller Handlungen zum Sprung von Entlassungen zu bewirken, bei einem sogar noch zur Feuerstunde seines unmißlichen Standes. 1903 führte die Richtung bei einem Bremer das schwere Verbrechen — er hatte in Arbeitzeit gelebt — durch sofortige Entlassung. 1905 sollte die Entlassungsfeinde verheerend in Chemnitz und Leipzig und auch noch Dresdner Kollegen mitschaffen über die Klinge der Repräsentation springen. 1906 war Dresden-Fr. mit acht Maßregelungen vertreten und selbst das kleine Weinen blieb nicht aus. 1908/09 u. u. vernichtete die Generaldirektion durch Maßregelungen immer wieder die Organisation, natürlich ohne Recht, denn Recht lässt sich nicht mit Gewalt unterdrücken. Das gleichzeitig allen gewährleistete Koalitionsrecht ist Vereinrecht bestand unter dem Präsidenten v. Kirchbach für die Eisenbahner nicht. Sie waren unter seiner Amtszeit vogelfrei. Wer auch nur im geringsten die Interessen seiner Kollegen in der Kranken- oder Pensionskasse vertreten sollte oder im Verdacht stand, Mitglied des Eisenbahnerverbandes oder Leiter des Bedarfs zu sein, wurde rücksichtslos entlassen. Aber auch auf dem Arbeitsgebiet befanden die Männer die Aorn v. Kirchbach zu spüren. Noch nie waren die Uthmögen so herabgesetzt worden, noch nie hatte das Sparwesen so betrieben in alle Dienstgruppen eingegriffen, wie unter Kirchbach. Erst dieses Jahr wurde in Chemnitz eine Reihe von bis zu 5 Dienstjahren, entlassen, weil sie eine Versetzung befürchteten, welche nach Ansicht der Verwaltung unzweckmäßig war. Ob wohl diese Arbeiter auch aus dieser Zeitung event. eine Rofahunterstützung bekommen würden?"

So sah das Wohlwollen des Präsidenten v. Kirchbach für die unterstellten Eisenbahner aus, für den sie jetzt zu einer "Kirchbach-Stiftung" in die Tasche greifen sollen. Die Verhandlungen im letzten sächsischen Landtag gelten von neuem als englischer Leidenschaft, was die Eisenbahner von der Regierung mit ihrem Exkretionär v. Rüger und der Generaldirektion mit ihrem Präsidenten v. Kirchbach zu erwarten haben. Da es nicht mehr v. Rüger und v. Kirchbach, sind es andere Nummern. Der Kurs bleibt derselbe: kein Recht, keine Sicherheit, nur Niederdrückung aller freiheitlichen Regungen der Eisenbahner. Und zur Erhaltung eines solchen Systems der Verordnung der elementarsten staatsbürglerlichen Rechte sollen die Eisenbahner in den Beutel greifen! Die vor Jahren geplante "Adolf-Albert-Stiftung" lehnen die Eisenbahnarbeiter und Unterbeamten als Protest gegen ihre elende und erbärmliche Lage, in der die Regierung sie darben und schmachten sei. Der "Kirchbach-Stiftung" dürfen die Eisenbahner im anderen Ende bereiten. Ein Hohn wäre es, auf alle Uthmögen, wenn es anders wird."

Nationalliberale und Konservative.

Die auch von uns gestern auszugsweise wiedergegebenen Aussprüche des Opis über die politische Lage in Sachsen bestätigt die Deutsche Tageszeitung mit folgenden Bemerkungen:

Es ist ungemein schade, daß ein Teil der nationalliberalen Partei den Zug nach links nicht weiter mitmachen will. Jedenfalls ist Anknüpfung nach rechts zu suchen. Nur dieser Teil der Partei scheint jetzt noch sehr klein und recht schwach zu sein. ... Ob sich die Dinge bis zu den nächsten Wahlen englisch und wesentlich ändern werden, bleibt im Nachhinein die Nationalliberalen schließlich dahin, sich auf ihre bessere Vergangenheit zu befreien.

Die Hoffnung auf ein Kartell mit den Nationalliberalen gehen die Agrarconservativen, wie man sieht, noch nicht auf. Zumindesten wird es ja sicher zu einem Zusammensetzen der beiden reaktionären Parteien kommen. Die Konservativen müssten aber die Nationalliberalen so einbezogenen einverstanden sind. Dagegen sträuben sich die Nationalliberalen vorläufig noch etwas.

Zur Volkschulreform.

Mit der Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie beschäftigt sich eingehend die Leipziger Lehrerzeitung. Zur Volkschulfrage, die sie zum Teil wiedergibt. Nachdem das Parlament soeben soeben, sofort das Lehrerblatt sein Urteil über die Verhandlungen also zusammen:

Die Bedeutung der diesjährigen Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie erblieben mir weniger in dem sachlichen Ausgang über die Schulform und den aufgestellten Einzelbeschlüssen, als vielmehr in dem eindrücklichen Beschuß, "eine nationale Reform ausgunsten einer gründlichen Volksbildung einzuführen". Dass er konsequent und energisch durchgeführt wird, bei der Partei eigenen Disziplin und Aktionstrafe kaum

zu bezweifeln. Seine Ausführung wird zur Wirkung haben, daß viele Väter und Mütter mehr als bisher für die Schule und ihre Probleme interessiert werden, was mir erwünscht sein kann. Dabei wird sich zeigen, was wir wiederholte behauptet haben: unser Volk ist nicht orthodox, der weitauß größte Teil des sächsischen Bevölkerung wünscht eine freie Entwicklung der Schule in unserem Sinne. Und noch ein zweites wird eine planmäßige Interessierung der Öffentlichkeit für Schulfragen zur Folge haben: die Besetzung bestehender Räder, Ministranten und Kreisräte. Denn die Ansichten über das, was die Schule ist, was sie sein soll und sein könnte und was ihr noch fehlt, sind keineswegs im Volle so verbreitet und so abgestellt, als man es wohl annehmen möchte. . .

Schließlich hofft die Lehrerzeitung, der Elter, mit dem sich die Sozialdemokratie der Schulfrage widmet, werde anspornend auf die Liberalen wirken. Soweit hierbei Hoffnungen auf die Nationalliberalen gefestigt sind, werden sie zu Wasser werden. Diese Partei denkt nicht im entferntesten an eine freiheitliche Reform des Volkschulwesens.

Nochmals der Gemeindestand in Schönfeld.

Mit der Lottowirtschaft des Gemeindevorstands Reinhardt beschäftigte sich dieser Tage eine Gemeindeversammlung, in der Gemeindevertreter Genosse Möller referierte. Er wies nach, daß die Amtsführung Reinhardts von vornherein hätte den nötigen Ernst vermissen lassen. Der Gemeinderat habe seine Pflicht, mit wachsamem Auge die Amtsführung Reinhardts zu überwachen, nicht nur nicht erfüllt, sondern sich selbst misschuldig gemacht. Zeit stelle, daß die Schlamperei lange ein offenes Geheimnis waren. Wenn trotzdem die Schlamperei so lange fortgeführt werden konnte, so ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß Reinhardt auf der einen Seite den gesamten Gemeinderat durch falsche Berichte bearbeitete, und auf der anderen Seite sich nicht nur einzelne Personen verpflichtete, sondern den ganzen Gemeinderat zum "Wissenden" mache. Reinhardt hat nicht nur bürgerliche Gemeindevertreter geschäftlich begünstigt, sondern, um seinen Vorteil besser wahrnehmen zu können, allen Gemeinderatsmitgliedern dieselben hohen und ungefehligen Spesen "bewilligt", die er selbst einsteckt. Die Gemeinderatsmitglieder haben sich das ruhig gefallen lassen, obwohl die Finanzlage der Gemeinde, wie am Sonnabend festgestellt wurde, nicht weniger als günstig ist. Es mildert die Sache nicht viel, wenn sich die Gemeindevertreter jetzt, nachdem die Amtshauptmannschaft eine dahin gehende Anordnung getroffen hat, reumäßig bereit erklären, die zu unrecht erhobenen Taggelder zurückzuzahlen. — Die Versammlung tadelte durch eine Resolution die Lottowirtschaft in der Gemeinde und forderte die Eingemeindung in die Stadt Leipzig.

Burz Landtagswahl

im 44. ländlichen Wahlkreis, die am 18. Oktober stattfindet, haben die Konservativen als Erfolg für den verstorbene Abgeordneten Sieber auf Liebau Gutsbesitzer Sammler (Straßenberg) aufgestellt. Die Nationalliberalen Poststabschef Rausch in Plauen und unsere Genossen, wie bereits gemeldet, den Poststabschef Richard Meier in Reichenbach.

Leipzig. In einer stark besuchten Parteiversammlung wurde am Dienstag abend mit großer Mehrheit als sozialdemokratischer Kandidat für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis der Stadtverordnete Max Nöthen aus Frankfurta. M. aufgestellt.

Freiberg. Ein geradezu bspielloses Verfahren besteht der Stadtrat als Rücksichtsbehörde über die Ortskrankenanstalt einzuschlagen. Wie ausdrücklich festgestellt ist, hat der Rat in seiner Sitzung vom 30. August den Beschluss gefasst, dem Antrag der Arbeitgebervertreter im Vorstand, den Vorsitzenden der Kasse wegen Gesetzesunterschreitung und Unfähigkeit von seinem Amt zu entheben, nicht stattgegeben. Doch hat man es noch nicht für nötig gehalten, den Vorsitzenden davon in Kenntnis zu setzen, und vor allen Dingen die vorläufige Amtsenthebung rückgängig zu machen resp. aufzuhören. Durch die Abwehr des Antrags der Arbeitgeber ist doch zweifellos festgestellt, daß es nicht möglich war, die Schule an der Niederschaffung Gräbers dem Vorsitzenden in die Schuhe zu schieben. Um so mehr muß man sich wundern, daß der Rat jetzt wo der provisorisch eingesetzte Vorsitzende Witt vertreibt, ist, nicht Anstalt macht, den Vorsitzenden wieder in seine Rechte einzuführen. Vielmehr bietet sich das Schauspiel, daß die vorgesetzte Behörde einen Mann zur Führung der Vorlandsgesellschaft bestellt, der sonst im Versicherungsamt bei Entscheidungen gegen die Ortskrankenanstalt 1 tätig ist, nämlich den Herrn Missions-Schubert. So haben wir jetzt Gelegenheit, festzustellen, daß das Versicherungsamt zugleich auch den Vorsitzenden stellt; das dürfte wohl bis jetzt einzige dastehen seit Bestehen des Krankenversicherungsgesetzes. Aber es kommt noch schöner: dieser Meiste hat vor kurzem in einer Streitsache die Zeugen vernommen und auch die Entscheidung gefällt, modurh die Kasse verurteilt wurde; diese Entscheidung ist von dem Vorsitzenden des Versicherungsamtes unterzeichnet worden. Da nun die Kasse nicht gewillt ist, dieses Urteil ohne weiteres hinzunehmen, muß die Angelegenheit dem Gesamtvorstand beschäftigen und da bis jetzt noch keine Vorlandsitzung einberufen worden ist, kann es kommen, daß die Kasse verstreicht und die Kasse um ihr Rechtswerderecht gebracht wird. Wer zahlt dann der Kasse den Schaden? Diese Zustände werden nachgerade ungewöhnlich und es wird jedenfalls nötig werden, daß die Kassenmitglieder ein energisches Wörlein mit hineintragen. Auch im übrigen leiden die Geschäfte jetzt ganz wesentlich, hat doch seit dem 22. Juni noch keine Vorlandsitzung stattgefunden, in welcher die Eingänge erledigt werden konnten. Hier wäre es angebracht, wenn die Mitglieder einfach eine Generalversammlung beantragen, in der man ganz energisch Aufklärung und Rechenschaft fordert. Die jetzige Verbleibungsstättigkeit muß unter allen Umständen aufhören; entweder der Vorsitzende muß umgehend wieder in seine Rechte eingesetzt werden, oder man muß nachweisen, daß ihn eine große Schule trifft. Auch in diesem Falle müßte alsbald eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der 13-jährige Sohn des Monteurs Sauer aus Wildenfels geriet, als er sich im Manöver zu beschädigen, bei genügend festgestellt worden.

geblieben bei Hartenstein befand, unter ein Pferd eines Kavalleristen. Er wurde von dem Gaul so ungünstig an den Kopf geschlagen, daß er eine große flüssige Wunde davontrug. Er wurde an der Unfallstelle von einem Militärarzt behandelt. — Ein Schreiberlehrling in Scheibenberg schlug im Scherz nach einem 15jährigen Mädchen mit einer Knallpistole. Dabei traf ein Kopftropfen das bedauernswerte Mädchen so unglücklich ins Auge, daß die Kraft für immer zerstört ist. Am Sonntag abend lieg die fränkische Frau des Schuhwarenhändlers Schag in Schönfeld bei Leisnig, die das Wohnhaus des Winklers Gute demontiert, mit einer Petroleumlampe nach dem Obergeschoss. Auf der Treppe wurde ihr unwohl und sie fiel die Treppe hinab. Als sie aus der Ohnmacht erwachte, sah sie, daß auf dem Hausboden Feuer entstanden war. Mit großer Mühe schleppte sie sich nach dem Hof, wo sie dann aufgefunden wurde. Im Zufolgen hatte sich das Feuer im Hause, da niemand weiter daheim war, derart verbreitet, daß Wohnhaus, Scheune und Nebengebäude niedergebrannten. — Der am Sonnabend vor acht Tagen in Plauen unter höchst verdächtigen Umständen ins Krankenhaus eingelieferte, jedoch an Typhus erkrankte Fleischhersteller Hofmann ist gestern nach der schweren Krankheit erlegen. — In Cunnersdorf bei Hainichen erkrankten drei Personen an Typhus. Sie wurden im Hainichen Krankenhaus untergebracht.

Stadt-Chronik.

Städtische und Hausbesitzer-Interessen.

Rehrere auswärtige Hausbesitzer hatten sich vor einigen Jahren zum Zwecke der Strafverbreiterung zur unentgeltlichen Abtreitung des Vorortenlandes bereit erklärt, soweit es vor die festgestellte Baustützlinie falle, wenn ihnen dafür der Stadtrat das abgetrennte Land abflasieren lasse. Der Stadtrat nahm diese Erklärung an und die Stadtverordneten bewilligten darauf die Kosten für die Verbreiterung der Straße mit mehr als 18.000 M. Vor kurzem verlangte nun der Stadtrat von den beteiligten Grundstücksbesitzern, einen Eintrag ins Oblastenbuch zu dulden, wonach die Stadtgemeinde ihnen gegenüber für die seinerzeit ausgeführte Strafenpflasterung einen Rückvergütungsanspruch von 1410 bege. 1017 M. habe. Die Grundstücks-eigentümer erhoben hiergegen Widerstand; die Stadt habe keinen Rückvergütungsanspruch, da der Fall gegen seitiger Aufrechnung vorliege. Der Stadtrat dagegen erklärte, Landabtreitung und Strafenherstellung ständen sich nicht als Leistung und Gegenleistung gegenüber, sondern sie seien als gemeinschaftliche Leistung zum Zweck der Strafverbreiterung zu beurteilen. Soweit den Grundstücksbesitzern durch Aufwendung städtischer Mittel Gelegenheit geboten sei, ihre Grundstücke bei baulichen Veränderungen besser auszunutzen, als es ohne der Herstellung möglich gewesen wäre, stelle der Stadtgemeinde ein Recht auf anteilige Rückerstattung der Kosten bei Eintritt der in der Ortsbaupolung vorgelegten Voraussetzungen zu. Wenn der Rat sich seinerzeit zur Tragung der Verhältnisse bereit erklärt habe, so habe er damit noch nicht das Recht auf spätere Geltendmachung des ihm zustehenden Rückvergütungsanspruchs aufgegeben. Die Kreishauptmannschaft wies die Stadtgemeinde mit ihrem Anspruch ab und das Oberverwaltungsgericht hat jetzt dieses Urteil bestätigt. Es sei nicht zweifelhaft, daß die Stadt einen Rückvergütungsanspruch gegen die beiden Grundstücksbesitzer habe, und deshalb könne die Stadtgemeinde an sich die Eintragung der betreffenden Verpflichtung ins Oblastenbuch verlangen. Es fragt sich aber, ob die Stadtgemeinde durch Abkommen in den früheren Jahren sich der Geltendmachung eines solchen Anspruchs begeben hat. Die Vorlage sei dieser Ansicht, indem sie davon ausgehe, daß die Stadtgemeinde nach der auf Leistung und Gegenleistung gerichteten Vereinbarung, auf alle weiteren Ansprüche gegen die beteiligten Grundstücksbesitzer anlässlich der Strafverbreiterung verzichtet hat. Diese Aufstellung teilt das Oberverwaltungsgericht. Der Wortlaut des Abkommens habe unter den obwaltenden Umständen von den Grundstücks-eigentümern nur dahin verstanden werden können, daß sie bei unentgeltlicher Abtreitung des Landes von allen weiteren Leistungen für den Straßenbau ein für allemal befreit seien. Sie haben dies auch um so mehr getan, als sie zur unentgeltlichen Abtreitung des Vororten gar nicht verpflichtet waren. Habt der Stadtrat noch weitere Leistungen verlangen wollen, wäre er verpflichtet gewesen, dies in unzweideutiger Weise zum Ausdruck zu bringen.

Neben die Gültigkeit von privaten Verträgen

stellt der Strafgerichts des Oberlandesgerichts eine Entscheidung von allgemeinem Interesse. Mittels Interests suchte der Kaufmann Johnach in Charlottenburg für seinen Betrieb eine Verpflichtungsapparatur einen Vertreter für die Kreishauptmannschaft Dresden. In einem kleinen Hotel trat Johnach dann mit zwei Herren H. und K. in Verbindung und schloß mit beiden Verträge für die Dresdner Kreishauptmannschaft ab. Bei diesen Verträgen war auch die Abnahme einer Anzahl von Apparaturen verbunden. H. schätzte Verdacht und wartete vor dem Hotel auf K., der nach ihm mit Johnach verhandelt hatte. Die beiden Herren waren über die Tatsache, daß sie beide den Dresdner Bezug in der alleinigen Vertretung hatten, nicht wenig erstaunt. Sie begaben sich sofort wieder zu Johnach herein, es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen und schließlich zu einer Anzeige wegen Betrugs gegen Johnach. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß er keine betrügerischen Absichten verfolgt und die Verträge für nicht bindend gehalten habe. Er hätte nur an einen der beiden Herren liefern und sich zuerst nach ihrem Solvenz erkundigen wollen. Als gültig könne er nur einen vor dem Rechtsanwalt abgeschlossenen Vertrag ansehen. Sämtliche Anklagen des Strafrechts, vom Schöffens bis zum Oberlandesgericht, nahmen einen vollständigen Vertrag als vorliegend an. Aus den Verträgen sei die Absicht eines festen Abschlusses klar und deutlich zu erkennen. Wenigstens seien die beiden Herren der Meinung gewesen, daß sie in ein festes Verhältnis eingetreten seien. Die Vermögensbeschädigung H.s, so führt das Oberlandesgericht aus, sei schon beim Abschluß des Vertrages perfekt geworden. Die abgeschlossenen Verträge seien als Privatverträge angesehen und befreien bestehende Strafe. Die Absicht Johnachs, das Vermögen anderer beschädigen, sei genügend festgestellt worden.

Warnung vor Adoptionsermittlern.

In verschiedenen Zeitungen erscheinen Berichte, in denen ein Kind gegen hohe Abfindung angeboten wird. Wer sich daran meldet, erhält ein sehr verlockend abgefaßtes halographiertes Schreiben einer Firma aus Nienburg in Holstein, welche aufschreibt, wie viele Kinder und mit welchen Summen sie sie schon untergebracht habe, um schließlich nebenbei zu bemerken, daß 2 M. Aufnahmegerübe und 5 M. für die Auskunft, die die Firma als Abkommen billiger befähige wie der Privatmann, zusammen also 7 M., eingeschüchtert wären, die darüber hinaus wären, wenn das Gesicht nicht zufriedene läme. Der Firma ist es natürlich nur um das Geld zu tun. Der Betrugene kam sowohl auf das zu adoptierende Kind wie auch auf die Zurückgabe der eingestandene 7 M. lange warten. Er wird weder das eine noch das andere je zu Gesicht bekommen. Aber nicht nur im Auslande, sondern auch im Deutschen Reich erscheinen Leute, die in ähnlicher Weise interessiert sind aus den für eine Auskunft geforderten Beziehungen die Mittel zum Lebensunterhalt gehalten. Die Täglichkeit dieser Leute besteht darin, daß sie Zeugnisse als Vorlese für die anwesenden Kinder- und Adoptions- oder Pflegestellen, deren natürlich und mehr als Kinder mit Abfindung, hingezogen. Ein fiktives Handels ist solchen Geschäftsteilen, auch wenn sie nur die Gedanken eingegeben, aber kein Kind vermittelten haben, selten gut Lust zu legen, weil ihnen nicht nachzuweisen ist, daß sie sich tatsächlich nicht bemüht hätten, den Auszugsgebern ein Kind zu besorgen. Wenn die Vermittler aber annehmen, interessiert und auch unter einer aussichtsvollen Voraussetzung die Auskunftsgebühr verlangen, dann gehört schon ein großer Kosten Leichtgläubigkeit dazu, anzunehmen, daß diese werde zu etwas anderem verwendet werden als für den Interessenten selbst. Um jedem Versteiner aus dem Wege zu gehen, wird allen denen, die Kinder in Pflege nehmen oder adoptieren wollen, geraten, sich überhaupt nicht mit irgendwelchen zweifelhaften Vermittlern einzulassen, sondern sich, wenn sie solche Kinder nicht in ihren Bekanntenkreis finden, stets nur an die zuständigen amtlichen Stellen zu wenden.

Ein raffinierter Einbruch wurde letzte Nacht im Uhrenladen von Paul Ammenrothe, verübt. Der oder die Täter haben ein saugfähiges Loch in das Schaufenster geschnitten und von da aus die Verbindungen der Kassettentür gekaut, soweit das vom Loch aus möglich war. Blutspuren beweisen, daß es bei dem Raub nicht ohne Schnittwunden abgelaufen ist.

Die Sitzung der Stadtverordneten am 22. September hat auf ihrer Tagesordnung unter anderem folgende Punkte: Feststellung der Pflegestellenhäfe für das städtische Verfassungsamt auf die Jahre 1910, 1911 und 1912. — Feststellung der Gebühren für Anwerbungsstellen in den städtischen Gewerbeaufstellungsamt und für die damit verbundenen Rechteleistungen. — Geschäftsbereich des Stadtredaktionärs auf das Jahr 1909. — Bewilligung von 9000 Mark zur Gewährung von Reisebeihilfen an wichtige Handwerker und Gewerbetreibende zum Bejnitz der Weltausstellung in Prag. — Geheime Sitzung.

Vermischte Nachrichten. Die Feststellung des Fahrstuhls ist seit dem 1. September gestartet. Die Verfüger des Turnes ziehen die Benutzung der beiden Aufzüge der Feststellung auf den Treppen vor, und das ist sehr bezeichnlich, da die Feststellung erhebliche Anforderungen an die Kraft der Verhinderter stellt, der Preis, der für die Benutzung des Fahrstuhls gefordert wird, aber gering ist. Fünf Personen, die gemeinsam den Aufzug benutzen, zahlen für Auf- und Abfahrt je 25 Pf. Weniger als fünf Personen müssen zusammen ebenfalls 125 Pf. bezahlen. Bei den Turnen besteht, daß nur 10 Pf. zu bezahlen. Der Rat hat neuerdings die Bestimmung getroffen, daß für die Benutzung des Fahrstuhls lediglich zur Abfahrt ein Preis von 15 Pf. gefordert werden soll. Die betreffenden Personen haben nun am Eingang zum Turne 10 Pf. und bei der Abfahrt 15 Pf. somit genau so viel zu bezahlen, wie die Verhinderter, die auf den Turn und auch herunterfahren. Der Aufenthalt auf dem Turne darf höchstens auf eine Stunde ausgedehnt werden. — Im Dresdner Kunstmuseum in Dresden-Plauen erschienen sechs zwei neue Postkarten-Alben in Beziehungswise 12 Dresdner Ansichten mit Führer durch Dresden und Umgebung. Die schon ausgestanzten Alben sind bereits in den meisten hiesigen Handlungen zum Preise von 25 und 50 Pf. zu kaufen.

Gefossenen der drei Dresdner Kreise. Er scheint zahlreich in der morgigen Sonnabend im Volkshaus stattfindenden Frauenversammlung. Angesiedelt mitbringen.

Aus der Umgebung.

Hedau. Der 25jährige Dienstleute Emil Neukirch von hier wurde als der Täter ermittelt und festgenommen, der am 21. August d. J. die Zinne eines Dienstherren, des hiesigen Schuhmachers Schmidt, in Brand gestellt hat.

Pötschappel. Von Gemeinderatsvertretern wird uns geäußert: An den Bericht über die am Sonnabend hier abgehaltene Einwohnerversammlung hängt das Amtsblatt Glücksburg folgenden Nachdruck:

„In der Versammlung in Artikel an unserem Platz geübt werden, weil wir über die Ansprache des Schulvorstandes zu Pötschappel über den zur Artikelfeststellenden Fall im Gegenzug zu dem sozialdemokratischen Cepan nicht berichtet haben. Wir setzen fest, daß zu der betreffenden Schulvorstandssitzung Vertreter der Presse überhaupt nicht zugelassen gewesen sind. Wenn die Dresdner Zeitung trotzdem in die Lage kommt, einschließlich über die Sitzung zu berichten, ist damit das Recht der gebundenen Situations zugunsten der sozialdemokratischen Presse und ungünstigen der Pötschappeler durchdrungen. Der Cepan in Pötschappel wird nicht in der Lage sein, die Verantwortung in der sozialdemokratischen Presse zu übertragen. Wir können nur wünschen, daß ihm dieser Zustand Verantwortung geben möchte, auch uns die Verantwortung standig zu ermöglichen. Angehans der vorliegenden Verhandlungsumstände in der Dresdner Zeitung erscheint eine oblige Verantwortung zwecklos.“

Wir geben zu, daß die ersten Tage dieses Ergebnisses das tatsächliche getreut haben, müssen uns aber ganz entschieden gegen die Darstellung verwahren, als ob der Schulvorstand in seiner Meinung gegen eine Verantwortung über die Situation eingerichtet ist. Tatsache ist vielmehr, daß die drei sozialdemokratischen Vertreter entschieden für Zulassung der Verantwortung eingetreten sind. Will die Redaktion des Glücksburgs Paravurde erneut, so mag sie sich an die Seite der Partei der Arbeitermehrheit wenden, von denen kein einziger Vertreter seine Bemühungen unterstützt hat. Der

Schulvorstand gar stellt die Wahrheit direkt auf den Kopf! Am Schulvorstand ist (nicht von uns) die Verantwortung des Schulausfalls in letzter Zeit als nicht einwandfrei bezeichnet worden, während gegen die Berichte in der Volkszeitung auch nicht ein Wort des Ladeis fiel. Von einer parteiidentitären Verantwortung kann also keine Rede sein. Zeitfristen ist, daß über die Schulvorstandssitzungen in der Volkszeitung in ähnlicher Weise und nur das verdeckt wurde, was in die Öffentlichkeit gehört. Wir gestalten uns über dem gegenwärtigen Standpunkt der Partei.

Pötschappel. Zu dem am Freitag, abends 9 Uhr, stattfindenden Frauen-Diskussionsabend im Bad Glücksburg in Pötschappel sind die Genossinnen von Pötschappel, Briesigk, Niederhäsitz und aus den für eine Auskunft geforderten Beziehungen die Mittel zum Lebensunterhalt gehalten. Die Tätigkeiten dieser Leute bestehen darin, daß sie Zeugnisse als Vorlese für die anwesenden Kinder- und Adoptions- oder Pflegestellen, deren natürlich und mehr als Kinder mit Abfindung, hingezogen. Ein fiktives Handels ist solchen Geschäftsteilen, auch wenn sie nur die Gedanken eingegeben, aber kein Kind vermittelten haben, selten gut Lust zu legen, weil ihnen nicht nachzuweisen ist, daß sie sich tatsächlich nicht bemüht hätten, den Auszugsgebern ein Kind zu besorgen. Wenn die Vermittler aber annehmen, interessiert und auch unter einer aussichtsvollen Voraussetzung die Auskunftsgebühr verlangen, dann gehört schon ein großer Kosten Leichtgläubigkeit dazu, anzunehmen, daß diese werde zu etwas anderem verwendet werden als für den Interessenten selbst. Um jedem Versteiner aus dem Wege zu gehen, wird allen denen, die Kinder in Pflege nehmen oder adoptieren wollen, geraten, sich überhaupt nicht mit irgendwelchen zweifelhaften Vermittlern einzulassen, sondern sich, wenn sie solche Kinder nicht in ihren Bekanntenkreis finden, stets nur an die zuständigen amtlichen Stellen zu wenden.

Deuben. Morgen abend 8 Uhr im Rathaus öffentliche Gemeinderats-Sitzung.

Kleinbaruth. Donnerstag abend 8 Uhr findet öffentliche Gemeinderats-Sitzung statt.

Tharandt. Am Bahnhofsbau in Tharandt erlitt ein Bauarbeiter aus Dörfchen beim Transport von Lasten erhebliche Verletzungen an einer Hand und einem Fuß. Der Mann mußte nach seiner Wohnung und in ärztliche Pflege gebracht werden. Es machte sich die Amputation von zwei Fingern erforderlich.

Berlin. 4. und 5. Wahlkreis. Abends 9 Uhr Frauenversammlung im Volkshaus. Arbeiterschmiedebund Gütersloh. Abends 8%, Uhr Übungssabend in der Arbeitschule. Soz. Verein Dresden-Mitte, 3. Bezirk. Abends 8 Uhr Zeitungsausgabe bei Briesigk. Radberg. Abends 8 Uhr 2 Bildvorträge im Gasth. zum Koch.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Schwere Täterschaftsverbrechen ließ sich in Weihen wohnende Rentenempfänger und Fabrikarbeiter Friedrich Ernst Witternach zu erhalten kommen. Dem 45jährigen, verheirateten Mann war vom Stadtrat zu Weihen die Erziehung von 2 verwaisten Schwestern übertragen worden. Er hat nun das ältere Mädchen verführt, nachdem es das 14. Lebensjahr überschritten hatte. Mit dem jüngeren Mädchen hat er die gleichen Handlungen vorgenommen, als es noch jugendlich war. Teile durch Zeugen, teils durch eigenes Geständnis festgestellt worden, daß die strohfarbenen Handlungen bis ins Jahr 1907 zurückreichen. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenheitsverlust. Das Gericht hat dem Angeklagten trotzdem er bisher unbestraft ist, seine milden Umstände zugelassen, weil die verbrecherischen Handlungen lange Zeit fortgelebt wurden und das Verhältnis von Pflegevater zu Pflegebefohlenen strafdestilliert war.

Rückhaltestahl. Der trotz seiner Jugend schon mehrfach bestrafte, 1891 in Großenhain geborene Bäcker Albert Borchard war im Sommer bei einem Bäder in Rummelsburg in Steilung. Dort stahl er einen Berliner Band, einige Pfund Schokolade, ein Paar Strümpfe und 4 M. Bargeld. Als er einen zweiten Eingriff in die Ladenlasse riskierte, wurde er ergriffen und rief aus. Er wurde aber bald darauf im Großenhain dingfest gemacht und hat sich nun wegen Rückhaltestahls zu verantworten. Der Angeklagte ist in allen Punkten schuldig. Er wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt und, weil er momentan subsistens ist, sofort in Haft genommen.

Vergleich. In der Privatkasse des Schuhbauers Otto Geißler in Nobenau gegen den Bedarfswaren H. Kleinherr in Dresden wegen Verleidigung haben die Parteien in der Sitzung des Königl. Schuhvertrags zu Dresden vom 9. August 1910 folgenden Vergleich geschlossen: Der Angeklagte erklärt, daß in dem Artikel in der Nummer 194 der Dresdner Volkszeitung vom 24. August 1909 in dem Bericht über die Verhandlung des Arbeiterturnvereins in Nobenau der Privatläger durch die Worte, dieser Herr gibt sich alle nur erdenkliche Mühe und sorgt vor seinem Mittel zurück, unser neuvergründeten Verein die Erlangung eines Soals unmöglich zu machen, in keiner Weise beleidigt werden, und daß damit insbesondere nicht gezeigt werden sollte, er stehe dabei auch vor seinem ungeeigneten Mittel zurück. Die gewöhnlichen Kosten werden gestellt; der Angeklagte erhielt dem Privatläger die außergerichtlichen Kosten.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Gewerkschaftswahlen im Außengebiet haben, wie schon gemeldet, mit einer vernichtenden Niederlage für den Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter geendet, trotz des Komproviso mit den Sozialen und den konfessionellen Vereinen. Von insgesamt 419 Mandaten erhielten

der Bergarbeiterverband Gewerkschafts- und Gemeindeschulm. 299 Mandate. Gewerkschafts- und Gemeindeschulm. 83. Politische Gewerkschaftsvereinigung 29. Sozialer Gewerkschaftsverein 8. Gewerkschafts- und Gemeindeschulm. 1.

Die Werte gelten diesmal völlig leer aus, und es wäre ihnen längst doch zu raten, ihre Organisationsspieler an den Nagel zu hängen.

Am Stimmen erhielten: Der Bergarbeiterverband 97 770, der Gewerkschaft 53 019, die Polen 22 238, die Reichen 5413, Böhmisch-österreichische Gewerkschaft 2400. Im Jahre 1904 wurden Stimmen Polen 3479, Reichen 4473, Mischmasch 5606.

Was der 29. August 1910, der Tag der Sicherheitsmänner, tatsächlich erhielt der Bergarbeiterverband bei den Sicherheitsmännern, so glaubt bestätigt hat der 17. September vollendet. Beim nächsten 1136, der Gewerkschaft nur 336 Mandate; um nicht nach Gewerkschaft sich nun 160 Mandate dazu und gab 436 an. Welleicht schlägt.

Die absolute Mehrheit der Knopfgeschäftsfesten beträgt 210; Mehrheit. Der Bergarbeiterverband hatte vor den Neuwohlten der Gewerkschaft nach Angabe seines Sekretärs Steiger in der Generalversammlung des Knopfgeschäftsfesten am 30. Juni 1910 bestanden, der Bergarbeiterverband hat nun 55 gewonnen.

Der Bergarbeiterverband hat also nicht nur dem vereinten Außengebiet gegen glänzend widerstanden, sondern ihnen eine verhüllungslose Niederlage beigebracht; sie bilden heute nur noch eine völlig

Die Strafprozeß der verlorenen Gegner hat trotz der schimpflichen Kampfesmittel endlich Schluß gebracht. Diese Wahlen sollten ein

Vorspiel sein zu den kommenden Reichstagswahlen; sie haben es geworden, aber nicht wie es die Gegner wünschten.

Votales.

Maler, Lackierer und Antreicher. Die Arbeitgeber des Maler- und Lackierergewerbes in Dresden und Gutsarztamt nicht repräsentiert. Nur haben sie auch noch willigen genommen.

Heute, am 21. September 1910, schreibt der Schriftgebetbankrat im Dresdner Anzeiger: „Unser Angebot, welches Herr Adler für die obliegende Partei zu hinterlegen, wurde von den Belegschaften abgelehnt und durch die legeren die Verhandlung abgebrochen.“ Zur Richtigstellung ist zu bemerken, daß der Belegschaften nicht abgelehnt worden ist, noch waren die Verhandlungen abgebrochen. Unser Belegschaftsleiter erklärt: „Wir werden nicht mehr die Vorschläge unserer Kollegen unterbrechen und am Sonnabendabend ihnen eine Versammlung angezeigt.“ Dies dauerte den Arbeitern zu lange, sie wollten baldig Antwort haben. Darauf ist Herr Schneider am Dienstagmorgen telefonisch mitgeteilt worden, daß am Nachmittag die Ausführungen über diesen Vorschlag entfallen. Damit war Herr Schneider einverstanden. In dieser Versammlung wurde auf Empfehlung des Belegschaftsleiters und des Schriftgebetbankratis.

Um 148 Uhr nachmittags hatte bereits Herr Schneider das Resultat telefonisch zur Kenntnis genommen. Wie müssen es der breiten Öffentlichkeit überlassen, danach zu entscheiden, welche Seite der streitenden Parteien die Sympathie gehört.

Die Ortsverwaltung.

Aus dem Baubereiche.

Da was für Mittelchen die Innungsmehrheit greifen, um großes Menschenmaterial als Arbeiter zu haben, zeigt wieder einmal ein Nachtrag zum Beitragsbericht der Innung der Baumeister und Schreiner zu Dresden. Dieser Nachtrag lautet folgendermaßen:

Jeder Lehrling ist verpflichtet, zum Ende einer geführten beruflichen Ausbildung vornehmlicher Weise, auch wenn er lange Zeit arbeitet, eine Versammlung der Hochschule besucht ist, wöchentlich an zwei Abenden im Turnverein telefonisch mitgeteilt werden, ob er sich in einem Turnverein, welcher der deutschen Turnerföderation angehört, zu turnen.

Der Lehrling hat dem Turnverein durch seinen Lehrmeister den Vorstand des Leibnizbauschusses zu bestimmen.

Die Kosten hierfür trägt die Innung.

Also in der „Deutschischen Turnerföderation“ sollen die Baumeister- und Schreinerlehrlinge turnen. Dort soll ihnen jedenfalls ein richtiger Patriotismus beigebracht werden. Die Baumeister müssen eben Arbeiter auf ihren Bauten haben, die sich nicht um ihre Kleidung, sondern um anderen Fleißanz kümmern. Die Deutsche Turnerschaft, die von den Turnen aus Arbeiterschaft immer mehr losgelöst wird, braucht Freizeit für die Ausbildung. Durch den Musterbericht will man nun zwei Lehrlinge mit einer Platte schlagen. Die Arbeiter im Baugewerbe werden diesen Plan zu Gunsten ziehen. Es sind es, die herauswachsende Geschlecht anlernen müssen. Es werden die Lehrlinge ausplätzen, daß aus ihnen brave und kostspielige Arbeiter werden.

Achtung, Schuhmacher!

Die geforderten Lohnfortsetzungen wurden abgelehnt. In einer Besitzung wurde die Kündigung eingereicht.

Zentralverband der Schuhmacher: Verwaltungsstelle Dresden.

Inland.

Die ausperrungswütigen Leipzig Metallindustrie.

Der Verband der Metallindustrie im Bezirk Leipzig will die Versammlung ab, die sich mit der vom Gesamtverband der deutschen Metallindustrie geplanten Gesamtausperrung beschäftigt. Einmalig beschloß die Versammlung, sich an dieser Gesamtausperrung zu beteiligen und beim Gesamtverband zu protestieren, die Ausperrung über ganz Deutschland zu fordern, bis die Arbeitsnachfrage der Industriekräfte verhindert ist und die übrigen Differenzen — die nur infolge der Entstehen hierfür tragen — beseitigt sind.

Die Metallindustrie werden hoffentlich noch einmal sehr gründlich mit sich zu Rate gehen, ehe sie diesen Schritt wagen. In diesem Fall könnte der ihnen noch größer werden als bei der Wollindustrie.

Die Zentrumspresse eröffnet die Sozialdemokratie als vegetativ. Die Zentrumspresse im Außenviertel ist angefangen der Wahlgang des Schuhbauers in Rummelsburg verfallen. Das Zentrum der Gewerkschaften in Rummelsburg fordert die sozialdemokratische Gewerkschaft, die in den Kolonien wohnenden Gewerkschafter auf die Straße zu gehen. Gerade in den kolonialen Kolonien hätte die Sozialdemokratie einen großen Anhang. Es könnte doch nicht angezeigt, daß der Staat seine schönen, billigen Wohnungen an solche vermietet, die gegen seinen Vertrag

Man muss wissen, daß im Rummelsburg Gebiet die Bergarbeiter sozialdemokratisch auf Kolonienwohnungen angewiesen sind. Ein Preis der Wohnung ist gleichbedeutend mit dem Verlust von Arbeit und Brot, denn in den Kolonien können nur die auf den Werken beschäftigten Arbeiter Wohnung erhalten. Sollte die Wohnungsbewilligung der sozialdemokratischen Gewerkschaft auf diesen unerheblichen Vorschlag der Zentrumspresse reagieren, dann kann sich das Zentrum gratulieren: Man hängt und brennt nicht mehr, wie sieben auch.

Man läuft und durchgangen nur den armen Gauch.

Mit Werk und Kind, und schmetzt das Verbrechen —

Der Provinz weist sich ohne Volk zu rufen.

Lohnbewegungen.

Die Schuhfabrik Rau u. Vogel in Großhennersdorf bietet ihren Arbeitern, sich im Zentralverband der Schuhindustrie Deutschlands zu organisieren. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift durch die Arbeitnehmer führt zur Arbeitsniederlegung.

Der Streik der Dachdecker in Röhrsdorf a. d. Ruhr ist mit vollem Erfolg beendet. In einer Verhandlung mit Vertretern der Gewerkschaft wurde der von den Gehilfen geforderte Belegschaftsverband für das Dachdeckergewerbe im rheinisch-niederrheinischen Industriegebiet von der Innung anerkannt. Nach dreitem Verhandlung der Gehilfen eine Lohnzehrung und eine Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neunundhalb Stunden.

Die Maurer und Steinbauer einen ansehnlichen Erfolg errungen. Der Durchschnittslohn der Maurer beträgt seither 41 Pf. Et wird sofort um 1 Pf. erhöht und beträgt 1911 45 bis 49 Pf. und 1912 47 bis 51 Pf. Der Lohn der Steinbauer wurde schließlich 1911 auf 52 bis 54 Pf. und für 1912 auf 54 bis 56 Pf. Die Arbeit wurde Montag den 19. September wieder aufgenommen.

Metallarbeiter! Bei der Firma Schäffer u. Oehlmann (Metallwarenfabrik) in Berlin, Chausseestraße 46, befinden sich jetzt 120 Ar

Neues aus aller Welt.

Folgen schwerer Einsturz.

Hamburg, 20. September. Ein folgenschweres Unglück, bei dem drei Personen getötet und drei verletzt wurden, ereignete sich heute gegen im Hamburger Stadtteil Altona, in dem sich viele Arbeitsstätten befinden. Unmittelbar am Bahndamm der Berlin-Hamburger Eisenbahn wurde die Bildstraße verlängert. Mit den Säbeln wurde bereits vor einem Vierteljahr begonnen. Heute morgens um 6 Uhr erfolgte plötzlich der Einsturz und fünf Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen. Drei von ihnen konnten lebend geborgen werden, während zwei unter den zerbrochenen Versteifungshölzern und Gitterrosten in einer Tiefe von sechs Metern verschüttet wurden. Von den drei geborgenen Arbeitern ist einer sehr schwer, die anderen beiden weniger schwer verletzt. Die beiden verschütteten sind tot und konnten bis zur Stunde vor der Feuerwehr noch nicht an die Oberfläche gehoben werden, trotzdem eine Leiche bis zur Hälfte aus den Trümmerstufen herausragt.

Eisenbahnkatastrophe in Steiermark.

Wien, 20. September. Bei Rottenmann (Steiermark) hat sich heute um 143 Uhr nachts ein furchtbares Eisenbahnunglück ereignet. Der Schnellzug 102, der um 9 Uhr 50 M. abends von Pontafel abging, und der Schnellzug 101, der um 9 Uhr abends Wien verlässt, sind dort zusammengefahren. Die Automotoren berührten sich ineinander und kamen tot auf. Mehrere Wagen wurden zerstürmt. Die ersten Berichte über die Katastrophe melben 7 Tote bezw. 10 Tote und 5 Schwerverletzte. Nähere Einzelheiten fehlen. Die verunglückten gehörten zu den frequentierertesten des internationalen Personenzugs nach Wien. In dem einen Zug befanden sich der Gutsbesitzer Prinz Konrad Hohenlohe, und der Reichsgraf und Landtagsabgeordnete Steiner. Beide sind unverletzt.

Die Katastrophe ereignete sich, als die meisten Passagiere in ihrem Salaf waren. Es spielten sich entsetzliche Szenen ab. Zuerst waren drei Tote und zehn Schwerverletzte geborgen. Von den leichten waren hiera darauf vier Personen, so daß gleich nach der Katastrophe sieben Tote verzeichnet werden konnten. Die genaue Zahl der Verunglückten war, noch nicht zu ermitteln, da die Untergangsstelle einem Trümmerhaufen gleicht. Der der Schnellzug betätigende Oberfunksteuer wurde wahnsinnig. Die ersten Toten und Verwundeten fuhren mit dem Schnellzug, der in die Richtung nach Wien verkehrte. Auf welche Weise das Unglück geschehen ist, konnte noch nicht festgestellt werden, doch dürfte die Zahl jedenfalls einen der diensthabenden Beamten treffen. Die Sirene der Polizei-Stadt Rottenmann, wo das Unglück geschah, ist entgleist, und ordnungsmäßig soll der von Wien kommende Schnellzug in der Station Selzthal so lange zurückgehalten werden, bis der Hegenzug die eingleisige Stelle passiert hat. Gegen diese Zeit ist nun jedenfalls der dort diensthabende Beamte den Hegenzug früher durchfahren lassen. Beide Jüge fuhren sich mit einer Geschwindigkeit von 61 Kilometern entgegen. Als die beiden Lokomotivführer bemerkten, daß sie auf denselben Gleis fuhren, war es bereits zu spät, um den Zusammenstoß zu verhindern. Es gingen zwar beide Gegenkämpf und bremsten nach Möglichkeit, doch in diesem Moment stießen beide Jüge aufeinander. Die zwei Lokomotiven, die Dienstwagen und die ersten Waggonen wurden vollständig vernichtet; die letzten Wagen der beiden Jüge blieben unversehrt.

Battmanns, 20. September. Nach genauen Feststellungen jad bei den Zusammenstoß der beiden Jüge auf Station Rottenmann-Süd sechs Personen getötet und zehn schwer verletzt worden, während 19 leicht verletzt sind.

Berlin, 21. September. Im Dortmund wurde gestern der Direktor der von der Niederrheinischen Bank gegründeten Alsenmann-Brauerei, Schieppel, verhaftet. Er soll sich um betrügerische Manipulationen handeln, die bei der Gründung der Brauerei verübt.

Sandberg a. d. W., den 10. September. Drei Verdächtige, die aus dem Gerichtsgefängnis entflohen waren, erschlugen einen Polizisten auf der Treppe. Die Täter wurden ergriffen.

Nürnberg, 20. September. Die Bürgerschaft hat in momentlicher Abstimmung zum vorerstmal die Senatsvorlage auf Errichtung eines Volksschulexamens-Seminars mit weiblicher Leitung abgelehnt, weil sie den Anfang der weiblichen Leitung im geläufigen Weibeschulquellen erblickt.

Bremen, 20. September. Die Standortsfäre in Bremen, die im zweiten Jahre primitiv aussiehten erzeugte, und zu einer großen Menge Verhältnisse führte, gelangte gestern vor der Bremmer Staatsanwaltschaft zur Verhandlung. Angeklagt waren 12 Personen. Der

Hauptläster war ein Schiffsbauingenieur, in dessen Wohnung die Angeklagten zusammenkamen, nachdem sie ihre Opfer dorthin verschleppt hatten. Zahlreiche Kunden im Alter von 13 bis 16 Jahren traten als Zeugen auf. Die Angeklagten hatten die jungen Leute durch Opiumzigaretten und andere Mittel bewußtlos gemacht. Die Verhandlung stand unter völliger Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil wurde gegen Mitternacht verhängt. Es lautete gegen den Schiffsbauingenieur h. auf 1½ Jahr Gefängnis. Zwei Angeklagte erhielten einen und zwei Monate und zwei junge Leute je eine Woche Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Aalen, 20. September. Gestern in den Abendstunden gingen in der Kleinprovinz außerordentlich schwere Gewitter nieder, die von wohlbekannten Regen begleitet waren. In den Kleinstädten sind große Überflutungen eingetreten, die durch das vom Oberstrom gemeldete Hochwasser weiteren Ausfluß erhalten, so daß schwere wirtschaftliche Schäden zu erwarten sind. Der Wind hat, nach den verschiedenen Gewittern zu urteilen, in verschiedenen Ortschaften geblieben. Besonders in den Weinbergen, wo die Weinrebe bereits begonnen hat, ist unablässlicher Schaden angerichtet worden.

Wiesbaden, 20. September. Bei dem Zusammenbruch des Bankhauses Lachner-Wiedmann werden viele Einwohner schwer geschädigt. Auch Wohlthätigkeitsvereine, deren Schatzmeister Lachner war, erleiden Verluste. Es heißt, daß nur 30 Proz. für die Gläubiger herauskommen.

Bamberg, 20. September. Eine Frankfurter Bank wurde von einem angestellten Kunden in einem mit der Schreibmaschine geschriebenen Briefe erzählt, 8660 M. an einen Herrn W. Schindel, der gegenwärtig in Würzburg, Hotel National, wohne, durch eingeschriebene Briefe zu schicken. Die Bank sandte auch das Geld in Tausende, 8 Hundert, und 8 Sonnenziffern der Rechnung entstehend ab. Der Brief wurde in Würzburg von einem Mann in Empfang genommen, der aber, wie sich nachträglich herausstellte, ein Schwindler war. Die Bank bat jetzt eine Belohnung von 500 M. für den ausgesetzten, der diesen Schwindler ermittelte.

Darmstadt, 20. September. Wegen Verbrechens gegen das leidende Leben verhandelt heute die Strafkammer in Darmstadt gegen den 28jährigen verdeckten Chemiker und Fabrikbesitzer Wilhelm Schwoerer aus Offenbach. Nach der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Unterhandlung wurden Schwoerer zu 6 Monaten, der Warden Stork zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schäfchen, 20. September. Hier ereignete sich gestern eine schwere Bluttat. Der an einem Tunnelbau beschäftigte italienische Arbeiter verfolgte einen Lohnmann, mit dem er in Streit geraten waren. In der Wirtschaft zum Hessischen Hof schossen sie ihn nieder und ergreiften dann die Flucht. Der Mann wurde schwer verletzt. Zwei Schüsse gingen ihm in die Lunge; er wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Tegernsee, 20. September. Der 33jährige Hausmeister Vorleser, der in gestern nachmittag beim Teppichknüpfen in den See gestürzt und ertrunken. Seine Leiche wurde heute 20 Meter von der Unfallstelle entfernt geborgen.

Amberg, 20. September. Bei den Arbeiten an der Albergbahn stieß in der Nähe von Dalton ein mit drei Arbeitern besetzter Rollwagen mit einem Lastzug zusammen. Von den Arbeitern wurde einer getötet und einer schwer verletzt.

Paris, 20. September. Der französische Kunsthändler Baron Element kam auf der Reise nach Paris während eines Gewitters in großer Gefahr. Es gelang jedoch der Mannschaft, auf einer Ebene zu landen und das Aufsichtspullover zu bringen.

Zoug, 20. September. Die Militärküche liegen das Fleisch von etwa 100 Kamelen, das für die riesige Garnison aus Mexiko eingekauft war, als gesundheitsschädlich einschätzen. Daselbe geschah mit einer beträchtlichen Menge Rindfleisch.

Lissabon, 20. September. In der Nähe von Oporto ereignete ein Zug, worin sich mehrere Hundert Passagiere befanden. Neben hundert der Reisenden erlitten Verlebungen, darunter mehrere lebensgefährliche. — Nach den letzten Feststellungen sind bei dem Eisenbahnunfall in Oporto etwa 150 Personen leicht verletzt worden.

Belgrad, 20. September. Die serbische Regierung erklärte Aukland, Italien und Ungarn von Novi Sad bis Preßburg für cholerainfiziert. Es wurden strenge Maßregeln für den Reiseverkehr und die Produktionsförderung aus diesen Gebieten angeordnet. Da in Serbien bisher kein einziger Cholerafall vorgekommen ist, gibt die serbische Presse ihren Unzufriedenheit über das Verhalten der österreichischen Behörden in Jimont Ausdruck, welche die serbischen Reisenden schikanieren.

Petersburg, 20. September. Ein reicher Kaufmann und vielfacher Haushaltsherr läßt über 700 000 Mark auf den Namen des im Internat internierten Grafen Kosloff. Er ist der Vormund des Grafen. Die Fällungen beginnen er im Gemeinschaft mit einem Reichtumswert. Seine sind verhaftet worden. Man glaubt, daß es sich um ein größeres Komplott gegen das Millionenvermögen Kosloffs handelt, an dem auch mehrere Beamte beteiligt sind. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Konstantinopel, 20. September. Der Ministerrat hat beschlossen, 20 000 Pfund für Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Cholera aufzuwenden.

Newark, 20. September. Leo Stevens wird am Sonnabend einen Ballon von 6000 Kubimeter loslassen in der Hoffnung, daß er Europa erreicht. Falls die Probe erfolgreich verläuft, werde er selbst einen Flug versuchen.

Soziales.

Ein Musterschulbetrieb.

Der Wiener Verein Freie Schule, den die Musterschulverordnung und die ihnen willkürliche Regierung mit allgemeinem Haß verfolgen, hat seinen nun glücklich unter Pfaffenbehörde gebrauchten Musterschulen ein Musterschulhaus im 8. Bezirk (Josephstadt) errichtet. Lange haben die Behörden den Baubeginn verzögert. Nun steht das prächtige Haus fertig da. Sonntag wird es eröffnet durch einen Demonstrationstag der Freunde der Freien Schule, die vorher eine Protestversammlung gegen die Schulverhaftung abhalten. Die Fenster sind so breit, daß man zur Lüftung durch die Schiebeflügel fast eine Wand des Schulzimmers entfernen kann.

Während des Unterrichts funktioniert die Mauerventilation und der elektrische Ventilator. Die so zugeführte Luft wird erst filtriert, im Winter vorgewärmt. Warmwasserleitung mit beidseitigem Umlauf heißt die Schule. Die Lehrzimmer sind nur für 20 Kinder bereit. Der Lehrer thront nicht auf dem Podium, er sitzt mit seinem Kind bei den Kleinen. Die Tafel ist nahe bei den Schülern, in der Ecke ist die Wasserleitung, jedes Kind sieht ein Stück Zimmer, der Boden ist Stahlbeton und Linoleum darauf, die Wände lassen sich leicht umlegen, damit der Boden gewaschen werden kann.

Die Wände sind bis zur Kopshöhe waschbar. In jeder Klasse sitzen Knaben und Mädchen beisammen. Jede Klasse hat einen eigenen Kleiderraum. Der Feierzaal läßt sich leicht für Elternvorstellungen verfügen. Der Handfertigkeitsunterricht ist obligat, mit Pappe und Lehmkern wird gearbeitet, in den Lehrwerkstätten stehen die Größeren an der Hobelbank. Von der Dachterrasse sieht man die Berge des Wienerwalds. Für rasche Entleerung bei Feuergefahr gibt es außer der Haupt- noch eine Notstiege. Außer dem Schwimmbad mit Brauerei gibt es einen Warteraum für die ihre Kinder abholenden Eltern. Wie kann in einer solchen Schule unterrichtet werden — wie muß da die Schule eine Freude sein!

Das Urteil ist gefällt!



„Goldperle“
herstellen. Nur echt mit dem Namen „Goldperle“ und Schutzmarke Kamillenpuder.
Alleiniger Fabrikant:
Carl Gentner, Göppingen.

Wir empfehlen: Sehr preiswert!
Henrik Ibsens Werke
8 Bände, elegant gebunden, 3.75 M.
Björnstjerne Björnsons Werke
8 Bände, elegant gebunden, 3.75 M.
Volksbuchhandlung
Dresden, Große Zwinglerstrasse.

Waggon braunes Tongeschirr

Dieses seltene Angebot übertrifft alle Erwartung in bezug auf Preis und Billigkeit.

Milchtopfe, innen weiß
Liter 3 2 1,5 1 0,5 0,3 lfd. 9
Stück 43 36 33 26 17 und 9 pf.

Napfkuchenformen
Größe 27 25 23 21 18 cm 22
Stück 52 42 32 27 und 22 pf.

Milchschüsseln
Größe 30 27 25 23 21 18 cm 9
Stück 26 22 18 14 12 und 9 pf.

Küchen-Garnitur, 22 teilig, fl. defor.	12.50, 9.45, 8.95
Wasch-Garnitur, steilig, deforriert	1.15
Nachtgeschirre	Stück 58, 48 u. 38 pf.
Kaffeetöpfe	Stück 11, 9 u. 7 pf.
Teller, weiß, tief und flach	Stück 6 pf.
Wassergläser	Stück 7 u. 5 pf.
Kompottschüsseln	Stück 6 pf.
Sturzgläser	Stück 18 pf.
	1.10

Pfannen, überzogen 15 pf.
Küchenlampen, St. 72, 42 u. 28 pf.
Stehlampen, St. 9.95, 2.75 u. 1.15
Bürohocker, 125 u. 95 pf.
Kaffeemühlen, St. 58 u. 38 pf.
Kammkasten, St. 58 u. 28 pf.
Konsole, St. 35, 25 u. 15 pf.
Handtuchhalter

Stück 98, 58 u. 48 pf.

Waschkübel, St. 1.10 u. 55 pf.
Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.10 u. 55 pf.

Waschkrüze, St. 1.1

3. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

219.

Dresden, Mittwoch den 21. September 1910.

21. Saftgasse

sozialdemokratischer Parteitag.

(Fortsetzung aus der 2. Auflage.)

Silbenbrand Stuttgart

Sie sehen vor einer folgenschweren Entscheidung. Schon 1894
in den Konstanzer Parteitag erhob Genosse v. Vollmar seine
heuste Stimme und warnte vor einem hastlichen Beschluss, der nur
eine zweite fortwährender Ruhestörer werden würde. Ich wiederhole
es aus meiner persönlichen Erfahrung heraus diese Warnung,
und wenn Sie heute die Resolution des Parteivorstandes mit
einer Mehrheit ausschließen, ist die Frage der Budgetabstimmung für
den deutschen Parteitag keineswegs erledigt. (Hört, hört!) Die Ver-
treter einzelner Staaten im Reiche halten es auf die Dauer gar
nicht aus, einen derartigen absehbaren Standpunkt ausschlags-
mäßig einzunehmen. Seine zweite sozialdemokratische Partei außer der
Republik hat das Verhalten ihrer parlamentarischen Vertreter zum
Standpunkt hinsichtlich festgelegt. Alle Parteien mit Ausnahme der
sozialen haben bis heute diese Frage nach den jeweiligen Ver-
hältnissen entschieden und haben wegen dieser Angelegenheit unter sich
keine Streitigkeiten gehabt. Zu diesem Standpunkt wird, glaube
ich, die Praxis auch die deutschen Genossen befreuen. Auch Wedel
hat er erklärt, daß wenn die Sozialdemokratie in eine Mehr-

Ich bedauere es, daß der Parteidoktor und die Mehrheit der preußischen Parteidoktoren sich sogar keine Gedanken darüber machen, wie die süddeutschen parlamentarischen Genossen trotz aller Verschiedenheit des Temperaments, der Auffassung mit ganz wenigen Abstimmungen auf dem Standpunkt stehen, daß die grundsätzliche Erlangungnahme in dieser Frage auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Selbst wenn der Parteitag die Verschärfung der Bestrafungen erneutte, würde für die Zukunft die Abstimmung für das Gesetz mit dem Abschluß bedroht, selbst dann wird diese Frage für die Zukunft erledigt sein. Der Parteitag wolle sich folchen damit um so mehr überlegen, weil doch niemand in der ganzen Partei von irgend einem Budgetanhänger eine parteidäigende

Die Wucht erneut wird. (Sehr richtig!) Sie haben doch wahrlich andere Gelegenheiten genug, um unsere Opposition gegen den Kaisersstaat in der schärfsten Weise zum Ausdruck zu bringen. Gerade so lange wir an einen Parteitag beschlossen haben, nehmen unsere Gegner die Budgetablehnung nicht als Anzeichen unserer Überzeugung an. Die Wucht der Ablehnung wird

zu prüfen sein, wenn sie freiwillig aus unserer Überzeugung reagiert, und nicht auf eine gegebene Marschroute hin. Ich erinnere auch im Namen dieser Parteigenossen gegen die Haftbefehlung, ob die Sozialdemokratie es recht gebilligt werden muss, um vorzutreten zu können. Wir brauchen nicht unter der Fuchtel zu stehen, wir sind einer Schärfe für unsere Prinzipien einzutreten. Soll etwa diese ganze Propaganda, unsere Stärke davon abhängen, ob wir nicht jede Menge geschurzig werden? Mit Recht hat der große Körner gesagt, daß man bindende Beschlüsse auf das Notwendige beschränken muß. (Sehr richtig!)

© 2000-2001

Spaß hat in ganz geschickter Weise eine Neuherung Beibes
abzurufen, um stärken zu machen, daß die badischen Abgeordneten
nichtsdesto weniger den Parteigenossen des ganzen Reiches ge-
wollt haben. Das bestreite ich auf das allerentschiedenste. (Um-
so wie bei den Süddeutschen.) Von einer Gutmüthigkeit und einem
Gehorsam bei diesem plausiblen Vorgehen keine Rede mehr sein,
ob die Partei sonstig sich in der jeweiligen Situation wieder mit dieser
Frage zu beschäftigen. Man hat die Partei in die Zwangslage ver-
setzt, eine Frage in einer nicht genehmigen Situation zur Entscheidung
zu bringen. Die badische Fraktionsmehrheit hat bewußt die Partei
auf diese Frage gestellt unter der Voraussetzung, daß der Parteilog
zu Ultra würde, in der gegebenen Situation die Konsequenzen zu
ziehen, daß er guiltying darüber hinweggehen und den Fazitum ent-
schieden wird. Auch wir wollen die Einheit der Partei. Wie sind

... und wir wollen die Einheit der Partei. Wir sind ja
in Dresden mit immer qualmig gewesen. Nun wird auf neue die
Erwartung auf die Qualitätswertigkeit verlegt. Man sucht die ganz
eigene Stellung des Diktatums als nebenständlich, harmlos hinzusstellende.
Die Sozialisten legen sich: uns kann ja gar nichts geschehen, jeder
Parteilager stellt und Abstolzen und dann sind wir natürlich wieder
da. Da kann es aber nicht weiter gehen. Handeln die Bodensee-
sozialisten gegen Parteilagerabschüsse, so haben sie sich ohne weiteres
die Einheit der Partei gestellt. (Sehr richtig!)

Und die Einheitlichkeit der Partei aufgelöst in dieser Frage
dem wird es auf diesem Weg kein Halt mehr geben, dann zerstören
wir uns in Strome und dann stellen wir uns, wie das Vollmar scho-
nmal in Erfurt dargelegt hat, auf den Boden bürgerlicher Politik.

Was die positive Arbeit betrifft, wo ist sie denn vernachlässigt?
Auch dort verlängert die ganze Tätigkeit der Partei auf einen
hauptsächlich demokratischen Standpunkt zu stellen, wie ja auch hier in
Frankfurt sagte: warum muss denn immer das Ziel am Taschen-
kalender stehen? Das kann ja nicht weiter gehen. Und darum
wir vom Demokratie. Das Ziel hat sich dadurch gewandelt. Über was haben wir
jetzt, wenn fortgesetzt der Parteilager beschließt: es ist ein Freiheit,
die Parteiliegenden waren wieder einmal unschuldig, die An-
schuldigung ist erledigt. Dann geht auf jedem Parteitag die Sach-
en eines los. Organisation und Parteiarbeit werden auf
eine gebracht und uns wird kostbare Zeit geräubt. Darum
ist mir die Meinung, daß die, die derartige grundlegende Partei-
abschüsse abstimmen, sich ohne weiteres von selbst außerhalb
der Partei gestellt haben. (Sehr richtig!)

Stehen Sie doch außerhalb der Partei (Zurufe bei den So-
zialisten: Nein!), dann können Sie natürlich ihren Heimbürgerschen
Standpunkt weiter vertreten. (Oho! Rufe bei den Südbayernischen
Sozialisten: wir haben die Resolution Bebel an, so haben wir natürlich keine
Abstolzen, eine Studentenkommision einzufegen. Das würde beispiel-
haft die Begeisterung erwecken für die Partei)

Witti-München:
Königliche Schel hat uns bairischen Genossen einige Komplimente
richtet. Er forderte an, er wolle eventuell nach München über-
kommen und dort seine Tochter befehligen. Da riefen die Genossen
zu ihm: "Sie sind ja sehr richtig! Sie haben sich sehr gut ver-
halten." (Zu sehr richtig!) Die Resolution Schel muss mit unserer
Anspruch angenommen werden. Dann wird der Verkleisterung
in Ende genugt und klar gesagt, was ist. (Lebhafte Beifall und
Lärm.)

Ihnen einen Empfang bereiteten... (Bebel: Na, Kinder, macht keine Geschichten, dann komme ich nicht! Stürmische Heiterkeit!) Kommen Sie nur, Genosse Bebel, Sie werden finden, daß die Luft der bayerischen Hochebene ein wenig freier und angenehmer ist als die Luft der Mark Brandenburg. Bebel hat gleichzeitig die Sicherung abgegeben, daß er nie Revisionist werde, aber ich glaube, daß Bebel, wenn er nach München kommt, Revisionist werden wird. (Stürmische Heiterkeit) Bebel hat dann weiter gemeint, mit bayrischen Genossen seien ganz nette Kerle, aber wie kerlisch verweichlicht und lieben und kneten; man könne mit und machen, was man wolle. Ob wir so leicht fieberhaft sind, darüber mag die Geschichte urteilen. (Bebel: Das hat ja Auer gesagt!) Bei den letzten Wahlen waren die Bayern im Wahlkampf die einzigen, die durchweg an Stimmen zugewonnen haben. (Burkfe: Auch die badischen, auch die Berliner!) Ich wünsche den preußischen Genossen im allgemeinen und denen in der Mark Brandenburg im

besonderen, daß sie sich auch so durchsetzen lassen, wie wir uns haben durchsetzen lassen. (Heiterkeit.)

Lipinski hat bewiesen, daß er so wenig in der Lage ist, objektiv zu urteilen, wie die sächsischen Gerichte. (Zustimmung bei den Südbayerns.) Wenn Sie die Resolution des Parteivorstandes annehmen wollen, tun Sie es in Gottes Namen. (Große Heiterkeit.) Aber Sie haben damit keine Gewähr dafür, daß in Zukunft die Quelle von Streitigkeiten versiegelt. Die Resolution enthält die gleichen allgemeinen Redewendungen wie die Wechselseite von Löbau und Röhrnberg. Wenn die Budgetabstimmung eine prinzipielle Sache ist, dann muß sie eine prinzipielle Sache sein in unserer gesamten Parteiätigkeit. Was soll denn nun in der Gemeinde

bütteln, aber wir müssen mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Dadurch, daß die Fraktion zuerst die paar Ministerworte zum Vorwand nehmen wollte, um das Budget abzulehnen, hat sie bewiesen, daß sie gern dem Willen des Parteitags Gehilfen trägt, wenn sich nur ein Ausweg finden läßt. Die Einheit, die Lipinski aufrechterhalten will, ist die Einheit nach Leipziger Muster. Wenn wir die Frage als faktische behandelt wissen wollen, so bedeutet das nicht, daß jeder machen kann, was er will, sondern, daß die betreffende Fraktion stets die Möglichkeit hat, zu tun, was der Moment gebietet. Auch wenn Sie den Antrag Wauters ablehnen, wird trotzdem auf jedem Parteitag die Frage von neuem wieder aufgerollt werden. (Lebhafter Beifall bei den badischen Delegierten.)

Haarle-Stötingseberg i. Wt.

Ich hatte vom Genossen Frank Klarheit darüber erwartet, wie die Badener in Zukunft sich stellen werden. Darauf hat er eine bestimmte Antwort nicht gegeben. (Hört, hört! und Sehr richtig!) Die Parteigenossen im Lande und die Mehrheit der hier anwesenden Delegierten wollen aber keine papiernen Resolutions, sondern Amtshandlungen gegen die Fortsetzung des Parteibeharfs. (Lebhafte Beifall.) Datum ist der von 208 Delegierten unterschriebene Zusagenantrag Jubel gestellt worden. Jubel hat sich zwar dagegen gewandt, aber seine Ausführungen deckten sich inhaltlich mit den Fortzerrungen des Antrages. (Sehr richtig!) *Und wir haben nicht nur einen außerordentlichem Grund, auf-*

Auch wir denken nicht daran, unsere badischen Freunde ausschließen zu wollen. Wir müssen aber Macht haben, was geschehen soll, wenn die badischen Genossen sich wieder über Parteibeschlüsse hinwegsetzen sollten. Frank verlangt Rücksicht auf eine immerhin kompakte Minderheit, die anderer Auffassung ist. Aber er kann überzeugt sein, daß die Mehrheit, der Parteivorstand und der Referent Sebel stets auf das sorgfältigste und gewissenhafteste die Gründe der Minderheit erwogen haben. Über das kann Frank doch nicht verlangen, daß die Mehrheit ihre Ansichten preisgeben soll zugunsten der Minderheit. Genosse Frank und alle Badenser wünschen sich der Tragweite der Budgetbewilligung bewusst sein.

Die einfachste parteigenössische Rücksicht gebot, namentlich in dieser Zeit, unbedingtes Beibehalten am Nürnberger Beschluss. Mindestens liegt bei *Fraudolus eventualis* (Heiterkeit) vor. Ich meine das natürlich nicht im Sinne unserer Staatsoberhäupter. Wie geistlos und durchaus unwahr ist das Gerede vom Dogmatismus von der Inquisition und vom Adabvergehrsamt in unserer Partei! Eine andere Partei ist so nachsichtig gegen Seitenfringe wie die unserige. Sogar die Nationalliberalen haben den Kommerzienrat Renk wegen seiner Angriffe auf das Reichstagswahlrecht und Carl Orsius und Hegel wegen ihrer Haltung bei der Reichsfinanzreform ausgeschlossen.

In unserm Reihen aber sind Leute tätig, die sich Sozialdemokraten nennen, aber, wie auch Richard Fischer betont hat, von der überwiegenden Mehrheit der Genossen nicht mehr als Sozialdemokraten, vielleicht sogar als Nationalliberale angesehen werden. Ganz gewiß muß die Disziplin vernünftig ausgelegt werden. Man kann in die Grundsätze kommen, einen Parteiausgeschluß übertragen zu müssen. Aber dann tritt man, wie Bebel in dem St. Gallenet Hall,

machen. Aber dann tritt man, wie heute in dem St. Gaudens vor den Parteitag und bittet um Einheitlichkeit. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin gewiß überzeugt, Freunde aus Baden, daß Sie auch richtig den Parteiinteressen zu dienen beabsichtigt haben, aber wer entscheidet denn über das Parteiinteresse? Die Unterinstanz oder die Oberinstanz, der Parteitag oder irgend eine Fraktion, oder fragt des jetzt verchimmeten Rechts auf selbstberückliche Individualität der einzelne Parteigenosse? Dann ist es aus mit der Geduldlosigkeit und Einigkeit, dann ist die Auflösung da. (Lebhafte Zustimmung.) Mein Freund Braun beantragt Rücksichtigung einer Studienkommission. Ich wünsch mich dagegen zu wenden, wie ich es schon in Königberg getan habe. Es hieße doch den Parteitag beleidigen, wenn man annimmt, daß er noch so vielen eingehenden Erörterungen noch nicht die Budgetfrage begriffen hat — Wenn es auch noch einige Stimms unter uns geben mag. Die Budgetfrage ist keine Einzelfrage. Sie läßt sich nicht losgelöst von unserer theoretischen und praktischen Grundlage beurteilen. Läßt ja auch Gold seines Zweckes darüber, daß er plausibel die Partei vom Boden der Dresdner Resolution entfernen will. Das ist der politische Charakter

Genosse Frank beschwerte sich über die Angriffe gegen die Großblöckepolitik. Niemand wird etwas Gewichtiges gegen das Stichwahlabkommen mit den Liberalen einwenden. Über ganz anders steht es mit der parlamentarischen Tätigkeit. Sie kennen doch, Genosse Frank, den Hohn und Spott, den wir alle über die konserватiv-liberale Paarung ausgepoffen haben. Das Verhalten der Liberalen

war doch verfehlt ähnlich dem Verhalten unserer babilischen Genossen. (Sehr richtig! Velhofer Widerpruch bei den Süddeutschen. Bebel ruft: Es ist ganz gleich.) Die Taktik, wie sie uns hier empfohlen wird, ist die uralte Taktik, die die Nationalliberalen vor Niederlage zu Niederlage geführt hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Jeder von uns will Konzessionen erzwingen, will Verbesserungen durchsetzen. Es heißt Rohenstein mitversiehen, wenn man meint, daß er auf dem Standpunkt steht, je schlechter, desto besser. Gerade im Interesse des Fleißens bitte ich um Annahme der Zusatzresolution. Später mag eine Studienkommission eingefest werden. Aber verschwölgen Sie jetzt nicht diese Einsehung mit der Frage, die uns hier beschäftigt. (Lebhafte Zustimmung.) Frank hat sich mehrfach gründlich auf das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften berufen, aber gerade Legion hat auf das allerstärkste die Verpflichtung betont, Disziplin zu üben auch gegenüber einem Beschuß, den man nicht billigt, wie er den Mühlberger Beschuß nicht billigt. Lassen Sie uns hier die Frage ohne Leidenschaftlichkeit (Nochen bei den Süddeutschen), ohne Heimlichkeit schließen, und führen wir dann den Kampf gegen den gemeinen Feind. Ich bin überzeugt, Sie (zu den Süddeutschen)

Nach ich hätte es lieber gesehen, wenn die badischen Abgeordneten in Folgeung des Rintzberger Beschlusses bloß das Budget abgelehnt hätten. Ich glaube, wenn Sie dann vor den Partietag getreten wöden, so hätte der Partietag erneut den Rintzberger Beschluß gepräst. Aber unbedingt ist den Badensern der gute Glaube zuzusprechen. Die Dresdner Genossen waren 1907 auch der Meinung, es wäre besser gewesen, vot. hätten damals den Antrag Frohme angekommen. Bloß haben sie eine scharte Resolution gegen die

gefördert von der
Bausparkasse

Badenber angenommen; ich bin aber doch zum Delegierten gewählt worden, obwohl die Badenber meine Stellungnahme kannten. Ich betrachte die Budgetfrage als eine politische Frage. Vegl. der gesetz hat, die Badenber müssen ausgeschlossen werden, das das doch gesagt hat, um die Unmöglichkeit des Nüruberger Beschlusses zu dokumentieren. (Vorholter Widerspruch.) Wenn Siegeln selbst hier wäre, es würde das bestätigen. All doch das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften gegen den Nüruberger Beschluss aufgetreten. Die Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten liegen eben verschieden. Wie in Sachsen waren froh, wenn wir Erfolge erzielt hätten wie in Baden. Warum will man jetzt über Belehrung aufrichten, vor dem jeder auf Seine des Abschlusses seine Kritik machen soll? Sollen die Gewerkschaften gegen Ihre Überzeugung einen anderen Standpunkt einnehmen? (Sehr gut! und Widerspruch.) Dadurch erzählt man sie zu heucheln, und darum mag ich mich entschieden gegen die Zusatzresolution wenden. Rügen wird also allerdings nichts, da ja schon die Mehrheit des Parteitages sie unterstützte hat. Was haben dann die Parteilage noch für einen Zweck, wenn sich schon vorher eine Mehrheit in Subparteilagen festgesetzt. (Große Lach- und Jause; Unisono.)

Ich bin aber auch gegen die Vorstandssolution. Auf keinen Fall haben die Badenber die Gewerkschaft protokolliert. Nicht nur in dem Falle S. Gallen, sondern auch in manchen anderen Fällen sind Parteilagsbeschlüsse missachtet worden. Die Leipziger haben feierlich trotz der Parteilagsbeschlüsse die Wahlbeteiligung lebhaft befürwortet und der Partei unabschließenden Schaden zugefügt. Wenn man von parlamentarischem Rechtshabert spricht, kann man es den Gewerkschaften nicht verdenken, wenn sie sich fragen: Warum machen wir uns solche Arbeit, um parlamentarische Erfolge zu erringen? (Sehr gut!) Zum anderen hinzu kann man in jedem Volksversammlung sprechen, dazu braucht man keine Parlamentsstruktur. Die Annahme des Antrages auf Einsetzung einer Studentenkommission kam auf keinen Fall schaden, sie würde aber vorzüglich zur Verwaltung der Gewerkschaft dienen. Ich bitte Sie im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei um Annahme dieses Antrages. (Vorholter Wissau.)

Fiechner-Dresden:

Ohne weiteres nehmen wir an, daß die Badenber in gutem Glauben gehandelt haben. (Kauf! Kauf! Lipinski!) Wenn das nicht der Fall wäre, dann müssten sie ohne weiteres einschließen, aber mit dem guten Glauben kann man nicht alles entschuldigen. Niemand hat zweifellos nicht im Elan der überwiegenden Mehrheit der höchsten Gewerkschaften gehandelt. (Wissau und Handelsfachschüler.)

In Sachsen werden Sie unsere Gewerkschaften im Parlement in absehbarer Zeit wohl nicht aus den Böden dieser Konzessionschulzenpolitik bringen lassen. Wie in Sachsen haben unter allen Umständen die Parteilagsbeschlüsse hochgehalten, auch wenn sie uns nicht gefallen. (Kauf! Kauf! Lipinski!) Es ist daher gezeigt, daß in Sachsen nicht wieder Schülern passiert wie damals. Wie kann man von einem Schülerrat und einem Subparteilag sprechen. Wenn die Radikalaten unter sich beraten haben, so sind sie mir dem radikalitätsfreien Prinzip gefolgt. Sind denn ihre 113 Unterschriften im Handumdrehen zusammengekommen, oder haben sie sich nicht auch vorher verständigt? (Kauf! Es ist Ihnen nur leicht, doch nicht mehr unterschieden!) Gewiß werden wir in Sachsen froh, wenn wir erreichen können, was in Baden erreicht worden ist. Aber auch in sächsischen Parlament sind die Zustände von heute hundertmal verschieden von den früheren. Aber unter jener Stellung haben wir nicht durch Nachgiebigkeit reagiert, sondern durch unsere kräftige und zielvollkämpfende Politik. (Wissau: Zustimmung.)

Nicht die Aktion mit Ihren 25 Mitgliedern, es sind die Massen, die hinter ihr stehen, die den Gegnern Respekt einflößen. Niemand und andere haben davon gesprochen, daß auch sonst Disziplinärrechte vorauskommen sind, und haben auch Beispiele aus Sachsen angeführt. Sie Beispiele treffen aber in keiner Weise zu. Das war in einem Wahlkreis für den Nationalsozialisten gegen den Konkurrenten Andrej Schmitz, war durchaus kein Disziplinärrecht. Ausdrücklich hatte der buchstehende Parteiparteitag dem Landesvorstand die Vollmacht gegeben, gemeinsam mit dem Landesvorstand die Wahlmehrheitsrechte zu verhindern. Es wurde also durch ein ländliches Verfahren und in keiner Weise gegen die Wünsche und Absichten des Parteiparteitages verstoßen. Es trifft auch nicht zu, wie gesagt worden ist, daß in Sachsen das Finanzgesetz eine bloße Formalität sei und seine Ablehnung die einzelnen Plastiken gar nicht berührte. Das Finanzgesetz ist verfassungskonform, und die Verfassung trifft sogar für den Fall der Ablehnung des Finanzgesetzes Verlehrung. Ich bitte dringend die Parteilagen, sich nicht vom Gesetz trennen zu lassen, sondern so entscheiden, wie es der Wille des Parteitages und der Gewerkschaft entspricht. (Vorholter Wissau und Handelsfachschüler.)

Kohl-Marktstraße:

Die von Lipinski und Kleistner konstruierten scharfen Gegensätze zwischen den badischen und den sächsischen Landtagsfraktionen sind unvermeidbar. Sozialistisch stehen beide Aktionen auf deutlichen Standpunkten. (Zustimmung und Widerspruch.) Nur haben wir Badenber den Sinn der Konsequenz genommen, während die höchste Landtagsfraktion ein Scheinmanöver ausführte. Die Sachsen erklärten, indem sie sich auf den Nüruberger Beschluss legten, ihre Zusatzabstimmung damit, daß sie dem sozialenstaat grundsätzlich die Mittel verweigern, sie fügten aber vorbehaltswise hinzu, damit sollen unsere früheren Abstimmungen bei den Entscheidungen nicht angeschaut werden. (Kaufert.)

Das ist doch keine wortlose Trennung mehr, das ist ein sachlicher Sozialdifferenzstreit. (Kaufert.) Wenn ich konstatiere, daß die vorherigen Zustimmungen nicht aufgehoben sein wollen, dann habe ich nur einleben abgelehnt. In Wirklichkeit aber doch bestimmt. (Sehr richtig!) Solche Resolutionen führen nur zu der Absicht, daß die Gewerkschaft entweder gegen ihre Überzeugung stimmen oder Sozialdifferenzstreit machen müssen, über die jeder Wähler loben muß. Auch die vorliegende Resolution ist nach meiner Meinung ihm kompromittiert, sondern ein faulnes Kompromiß, das sowohl auf dem nächsten Parteitag, wie auf dem nächsten Landtag verwirkt. Für jeden Kenner der badischen Entwicklung ist es unvermeidbar, daß ein anderes schlechtes Budget aufgestellt bekommen wäre, wenn wir nicht so mündlich Einfluß auf die Gestaltung des Budgets ausgeübt hatten. Nach dem Gewerkschafts-Vorstand liegt der Besonderswert zwischen Sozialdemokraten und Linksliberalen in der Stellung zum Budget. Das ist grundätzlich. Der Unterschied ist der, daß wir uns alle Reformer mit Wissau zum Zweck zur Umgestaltung der Sozialpolitik für jene oder Zellebungen sind. (Zustimmung.)

Wir werden keine Ruhe bekommen in der Partei, solange solche Aktionen beschlossen werden, die uns in all den Staaten, wo unsere Partei politisch etwas bedeutet, am Amt und Einfluß hindern. Das ist das Nebel, daß alle diese Aktionen gegen alle jene Parteilagen so leicht werden, die andere politische Vertreter haben als Gewerkschaft und Sachsen. Ware Gewerkschaften ein parlamentarisch regierter Staat, oben ein Staat nach deutscher Art, die Haltung der preußischen Parteilagen wäre sicher ein anderes. Ware in Dänemark das Experiment nicht gelungen, dann hätten unsere Parteilagen mit den Sozialdemokraten zusammen das Budget formulieren müssen. Ja, sie hätten wahrscheinlich in einer Konferenz in eine Regierung einzutreten müssen. Regelmäßig werden auch wir in den nächsten Jahren erleben.

Im Preußen hat es keinen Wert, ob ihr seid für oder gegen das Budget kommt. Wenn wir aber in Baden die Regierung anstreben, das ist in Abhängigkeit vom Zentrum zu beobachten, schalten wir uns selbst aus und bringen und um den Erfolg von zwei Wahlbezirksgremien. Das ergibt die kolossale Mehrheit der badischen Gewerkschaften die dann amtiert. Das ist die höchste Mehrheit der badischen Gewerkschaften die Vorstandssolution. Wenn die Vorstandssolution angenommen wird, und wir stimmen gegen das Budget, dann kostet es alles aus und sagt: Ihr habt zu handeln müssen, es war euch eben so aufgetragen. Die Frage wird so lange bestehen bleiben, bis sie des einzelnen Landtagsfraktionen die Freiheit gegeben, die sie unbedingt haben müssen. (Scholzler Wissau bei den Süddeutschen.)

Eintrag zu Punkt 2a der badischen Budgetbewilligung

Um die Wiederholung der die Parteilagewegung bestimmenden Konsolidierung einzelnen Landtagsfraktionen und der Gewerkschaft zu verhindern, beschließt der Parteitag, eine Kommission am Studium der budgetrechtlichen Verhältnisse des Reichs und der Bundesländer einzulegen.

Dieser Kommission sollen, außer einem Delegierten des Parteitages, Vertreter der Parteiorganisationen aller Bundesländer angehören.

Das von der Kommission gesammelte und durchsetzte Material ist rechtzeitig vor dem nächsten Parteitag zu veröffentlichen.

Ad. Wissler, München
H. Witrich, Frankfurt a. M.
Carl Müller, Hamburg
Robert Leiner, Hannover
H. Sache, Bremen
Fischer, Briesnitz
Wepler, Bremen
Vieck, Altona
Paul Müller, Karlsruhe-Berlin
E. Höhner, Löbau
D. Silberschmid, Wangen
E. Neurath, Dresden
Paul Böcker
O. Hörsching
Paul Zanger
Hoffmann, Breslau
Günther, Rottowitz
Severing, Bielefeld
Scholz, Breslau
Thielemon, Osnabrück
Rode, Chemnitz
Mey, Göttlingen
Neese, Hannover 8
Schmid, Hanover-Springe
Eichhorn, Dresden
Fischer, Hannover
Gors, Hildesheim
Schone, Schleiz
Haugenstein, Bremen
Schlesien, Hannover
Heide, Chemnitz
D. Hodel, München
Thiele, Halle
Tönnies, Biedenkopf
Aue, Hünfeld
Walter, Höchstädt
Karl, Stuttgart
Göde, Leibnitz
Weiß, Wey

Reinhard, Bielefeld
E. Vogt, Straubing
Müller, Schopfheim
C. Witz, Mühlheim (Rhein)
Schäffler, Mainz
Hofel Huber, Ludwigshafen
Börger, Mannheim
Selms, Magdeburg
Dahm, Bielefeld
Wib, Garde, Wernigerode
Krau, Kahnet, Magdeburg
Klimm, München
Dr. Ebdeth, Berlin
Dr. Frank, Mainz
Bogel, Fürth
R. Kern, Würzburg
Körner, Ludwigshafen
Max Neu, Lambrecht
Auer, Würzburg
Maurer, Traunstein
Dr. Schmidt, Minden
G. Küba, Magdeburg
Louis Cohn, Augsburg
Krieger, Münster
Gimmer, München
Düber, Landsberg
Engler, Freiburg i. Br.
Nahm, Schweinfurt
Levi, Mannheim
Kleffle, Mannheim
Göder, Kempten
Hug, Bamberg
Probst, Ludwigshafen
Seb. Witt, München

Soziales.

Die Folgen der Einführung der Schlagschleife.

Im Jahre 1896 waren in Deutschland 12 Schlagschleifen in Tätigkeit. Seitdem fielen ihre Zahl 1900 auf 212, 1903 auf 1015, 1906 auf 228 und 1910 auf 4000. Wie nicht anders zu erwarten, da die rasche Einführung der Schlagschleife eine starke Steigerung der Belegschaftszeit im Buchdruckerverbande zur Folge gehabt. Der Buchdruckerverband zahlt Arbeitslohnunterstützung:

1896: 265 733 M.	ptz	Mitglied	12.38 M.
1900: 423 456	•	•	15.30 •
1903: 785 655	•	•	21.07 •
1906: 955 781	•	•	16.45 •
1909: 1.218 740	•	•	21.00 •

Die Mitgliederzahl des Buchdruckerverbands liegt in der gleichen Zeit aber auch von 21.437 auf 69.027 Mitglieder. Durch einen jährlichen Zuschuss der starke Buchdruckerverband eine Herausbildung der Zohne infolge Einführung der Schlagschleife verhindern und die Maschinenschreiber noch eine Verbesserung der Arbeitszeit um 1000 Zehnschläge erzielen, so daß der Buchdruckerverbandswahlkreis von 1900 im Jahre 1899 auf 37.70 M. im Jahre 1907 liegt. Während 1899 nur 38 Prozent aller Maschinenschreiber 30 M. und mehr erhalten, begannen 1907 95.3 Prozent einen solchen Lohn. Trotz der Zunahme der Schlagschleinen nahm die Zahl der beschäftigten Personen im Buchdruckerverbande zu. Bei der deutschen Buchdruckerverbandsgruppe hat sich die Zahl der beschäftigten Personen von 94.600 im Jahre 1897 auf 148.726 im Jahre 1908 erhöht, während die Summe der bezahlten Zehne sogar von 85 auf 160 Mll. M. gestiegen ist, so daß verdoppelt hat. Ungefähr die Hälfte der beschäftigten Personen des Buchdruckers.

Central-Theater

Täglich abends 8 Uhr Varieté-Vorstellung.

Sonn- und Feiertags, 9 Uhr.
Nachmittags-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen.

Victoria-Salon.

Der berühmte Schimpanse Moritz I. und sein Bruder Max und das grosse Eröffnungs-Programm. Anfang 8 Uhr.

Sonntags: Nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Tunnel: Der exzentrische Kapellmeister A. Pamer.

Anfang 7 Uhr. Sonntags 8 Uhr.



Verehrte Hausfrau!

Auch nicht im Geringsten leidet nach den langjährigen Erfahrungen grosser Wäscherien die Wäsche bei Gebrauch von

Dr. Thompson's Seifenpulver (mit nebenstehender Schutzmarke).

Man reinigt mit ihm rasch, gründlich und schonend die grösste Wäsche! - Frei von Chlor und anderen scharfen Mitteln!

Überall erhältlich.

1/2 Paket 15 Pf.

Bestchrift

Bestchrift

Bestchrift

Bestchrift

Bei S. geht es so zunächst ganz leicht, wie leicht Universitäten bei St. Louis. An den Studienanfang kommt „unbeschreibliches“ heraus. Der ersten Stunde schläft man nach sehr fehlender Vorbereitung und schwerer Einschätzung die Wörter auf und ablegen. Der erste Nachstundtag ist ein Tag der Übung am Übersetzen des G-Satzes, der den Sachzettel auf die Zunge, auf der Stelle vor anderen Säkretärinnen paratstellt. Zwischen 8 und 10 Uhr ist eine Lehrstunde der Übersetzung und das Werk wird einer Behandlung aufmerksam hingestellt. Nicht über alles. Nur jenen liegt man keinen den Jungen an, die sie nicht tragen und kaufen. Man kann aber auch, nach einem etwas leichteren und weniger mühsamen und legt ihr berücksichtigt, nämlich an die Zunge der anderen Schreiberin. Wechselt ihr Blatt, der Übergang des Schreibens bleibt bestehen, dann kann jeder freie, doch derjenige Übersetzer auf ein Blatt der anderen Schreiberin geliefert wird, solange die nationale Vertretungssprache für ein bestimmtes C bestimmt ist. Weiche Übersetzung trifft man nicht mehr an. Wechselt Blatt nach, wie werden erlaubt, best. zu sehr wie C. Dann ist die Sprachprüfung zu uns hinter den Rücken. Was versteht, dem Blatt die richtige Sprachprüfung zu geben, kann eigentlich berechnet zu lassen und zur richtigen Bildung eingespielt. Nicht jeden genügt schon diese einzige Weisungsmöglichkeit allein. Sollte es nicht gelingen, so kann man sich auch eine flüssigkeitsbedingte Bedienung. Was nimmt eine Schreiberin; daß eine Schreiberin nicht unfehlbar abschreibt und hinter ihr andere Säkretärinnen nicht unfehlbar schreiben. Wenn man die Säkretärin schreibt, die mit Selbstverständlichkeit sonst über weissichtlich gehabt. Wenn man die Säkretärin aus etwa 10-15 Grammatiken herleitet, die für sie nicht passen kann, und wenn man sie in diesen Geschäftssachen während der Woche, die sie für sie angehören, und nachdrücklich ermahnt wurde, einen kleinen geschäftlichen oder persönlichen Brief, den sie auch nach heraustragen, so wird sie sie in weniger als 12 Stunden aus 10 Grammatiken bestehen. Der Tag führt sie am nächsten Tage in geschäftlichen und halbgeschäftlichen Sätzen, die kommt aber durch lautes Sprechen möglich. So die Zunge nicht zu verlieren kann. Berechnet hat sie einen ausfüllenden Arbeitstag der Sprachprüfung und berechnet sich nicht berechnet ausgebildet. Die Säkretärin folgen 96 Sätze zu Ende, doch je nicht die rechten Worte haben kann und gab bei Überdenken noch mehrerelei Beifügen dazu auf, verließ dann nach und nach wieder in ihrem regelmäßigen Rahmen. Dabei nahm sie selbst und mit jedemherigen Respekt Aufmerksam zu Fuß, betrifft aber in dieser Beziehung nicht die Beurteilung der Zeige wolle zwei Tage. Ganz am letzten Tage begann die Sprachprüfung zu schwämmen, und am Ende wird wieder die Säkretärin wieder gleichmäßig heißt, habe aber nicht die geringste Erinnerung an das, was sie während der ersten beiden Tage mit ihr vorgegangen war.

Gesellschaft 2

Die Verantwortlichen Gallien, die
Herrscher des Reiches unter den Kaiserinnen
der Nekropole in Italien als zu allgemein bezeichnet, als daß
sie nicht über Bezeichnung haben hofft. Kaiserin ist es nach dem
brüderlichen Besitztheil der Herrschaft ein Titel, annehmen zu wollen,
doch ist mit Hilfe von Geld eben alle Politik abhängig und kann
durch sie leicht beeinflußt werden. Sicherlich kommen auch in diesen Sphären
Faktoren vor, die keinen großen Einfluss auf die Politik ausüben. Tief Berliner
bedenkt haben diese "Güter" des Reichs sicher unterschätzt. Die Kons

www.bellatlantic.com

zu einem kleinen Spiegel in der Sonnenblume, das geschmeidig wie allein
ein wunderschönes Wechselspiel von Farben und Formen ist: Das kleine
Bild hat seinen Platz, wo bestreut es die Blüten des Wiesen-H. Es
schleicht sich auch den Rahmen. Das kann einen sehr oft mit Schmer-
zen und unerträglichem Noxen, bei dem anderen nur unter großen Belastun-
gen, ja vielleicht gar nie sogar lebensgefährliche Gefährdungen, kommt
vor, wie Gangränattacken nach Trauf und Sonne, Bowles und Blümchen.
Weiter geht diese Ausbildung bis zu einem Zahn ein heliger, zotter Zahn
auf einer Weißzähneplatte, während auch weiter unten hoher Zähne, Nicker-
chen und Dämmchen heranzieht. Die reichen Zähne kommen aus dem erhabenen
Blühpunkt nach den Stiefeln, kleinen Windräder über einer nachdrücklichen
Haltung; und den Stiefeln, kleinen Windräder über einer nachdrücklichen
Haltung; und den Stiefeln, kleinen Windräder über einer nachdrücklichen
Haltung; und den Stiefeln, kleinen Windräder über einer nachdrücklichen

Der Aufenthaltsraum hat Stühle, der Empfehlungsraum hat Stühle. Ein kleiner grüner Möbelstück ist das Sitz bezogen. Ein Tisch.

Rechtsanwälte und unabhängige Richter zu betreiben, kann man dies leicht begrenzen. Wie z. B. die in allen Westdeutschen Rechtsprechungen

Wolfgang Bösch ist ein gebürtiger Südtiroler und lebt in Bozen. Er schreibt für die Südtiroler Zeitungen und ist seit 1970 freier Schriftsteller. Er hat zahlreiche Romane, Erzählungen und Gedichtsammlungen veröffentlicht.

geringe Belebung.
Zwei klein Säulen stützen auf, so breit wie bejohnt die
Sicht und aus beigeblühte Stoffe. Die Ober, Rückseite, Wochens-
tag Obers und untere Rückseite zum Hause. Rechts ist einige
verstreut. Weine über, oben zwischen der Rückseite mit unten
Tüpfen und durchausfeine Strickarbeiten hand angeknüpft. Tüden
sind gleichfalls als bestickte zu empfehlen. Schließverbindungen ist es
geboten, in ersterem Säulen die Seite des Hause. In Mitten
beider Verbindungen sind Kreuze. Von
reicher Gestaltung. — Versch. der Gehrungen des Rücken-
stoffs. — Von den Crossen — Rückseite Rückfuß. Das
H. B. — Geprägtes Rückfuß. — Das Kopf der Neben-
stoffs in der Rückenfuß. Von I. K. — Rettigkeit. — Rückenfuß-
verbindungen der Nebenstellen. — Rückenfuß im
Rückfuß und Säule.

Der erste Bahn, fröhlich kam den Eltern beigebracht, ein Wiederaufstieg im Leben nach jungen Überzeugungen, dann sollten sich die Nachkommen mit der alten Weltabschaffung beschäftigen und somit bestreben, keine Störung mehr überdrücken zu müssen. Sie fühlte befriedigend Wiederherstellung und Altersdistanzierung, so wie sie es in der Kindheit gewollt.

Eine schwere Vergiftung durch Stomachalz. Das Stomachalz wird bei den sogenannten Stoffen gerechnet, bei dem Verdau eine Reaktion eigentlich kaum normalerweise vorkommt. Wenn dann immer wieder von Vergiftungen gesprochen werden, kann es nicht selten sein, daß die Person überzeugt ist, da sie jetzt Stomachalz einnehmen sollte. Dieses ist es auch, welche Menschen leicht bestimmen, wenn auch ohne Bezeichnung im allgemeinen ganz unbedenklich erachten. Da darf keinerlei Stomachalz im Vorrat oder Verbrauch vorliegen, sondern nur Stomachalz. Der Konsument muß sich darüber im Klaren sein.

Beitrag zu der Tropischer Dystrophie und der Dystrophie für Alten, Frau, Reichen und Weinen. Dr. Wern. 21. September 1919.



Frauenwel

Durchhalten!

Der Wohung III schweigt, sagt das bekannte Sprichwort. Aber den heiligen Eltern ihres Sohnes nach zu urtheilen, fehlstellenlosen Freuden erfreuen soll, der nicht schreit, das heißt bei Wohnung III auch nicht bei Schreinerei III. Das Sicherste ist sicherlich, daß ein wahrhaft bewußt und unverstört durchdringendes Lachen und singendes Gelächter freuen sich immer gähnend genug, wie von innen Wellhaben hören; oder durchaus nicht freuen sich auch so lachen genug, die mit zählem Nachdenken und engem Willen den Durchgang, wo sie liegen, begleiten

... ziemlich hässlich liegt nämlich die Wahrheit sehr nahe, daß die Bezeichnung einer fröhlichen Begehung leider preisgeblieben ist. In Halle einer Bejungesheit vor einem und im Halle einer Begehung vor sich selber. Was hat also ganz Beispiel seine Stärke in bloßen Scherzen gekrönt, sondern hat Ihnen bei jeder Begehung an Sie auch gleich den Hauch dieser Begehung aufgedrängt. Und passiert es einmal in der Halle oder in irgendwelcher Begeitung, daß bei Freunden dem Blaue langweilig liegenschaftliches Gefühl gibt, und ist an ein solches Gemütszustände nicht gleichzeitig und nicht sicherlich mit einem erhabenen Raum? nach der Begeitung fröhlichen Gefühls fragen. Und das eben ist eine Situation, wo ein Wärter und Wärterin dann die Unbefangenheit verloren haben, und wo sie aus Bejungesheit vor dem anderen heraus plötzlich in den allen Geister verholten, dem Rhythmus blödster Scherzausnahmen. Ganz macht so unheimlich befanger, heißt ich anderes darum, wenn Sie darüber hinweg haben können, dieses Blaue kann nicht als Stoff gebraucht werden.

Die zweite Person, die mir diese Tiere zeigt, ist ein kleiner Einwanderer auf die anderen Inseln hoffen für auf einmal entdeckt und alle Meeresfrüchte hören. Meeresfrüchte ist in diesem Land noch nicht gesehen, indem es nach alter Gewohnheit nach Begehrung der kleinen unerwarteten Gefahr läuft. Der Seefischer aber hat den Fischern dann darauf aufmerksam gezeigt, daß er ein verstaubtes Boot auf einer kleinen Insel gefunden. Da er sich darüber freute, so habe ich ihm gesagt, daß das Boot auf dem Wasser schwimmen kann.

angelebt und berücksichtigt werden müssen, um die tatsächlichen Verhältnisse zu verstehen.

ung hold, wenn er innerlich keinen ist als das fragende Kind; während, daß er auf sich selber hinaus ist, weil er sich eines um kein anderes auf andere befreit, denn Menschen leben mit dem Risiko, daß nach der Stiefel Weise andere umgehen. Wenn diese eine auf das Ideal der Erziehung ansetzt, ein Risiko ja zwecklos kann zu bringen, so werden sie frühherausgeholt (seinem alten, wenn er reicht, doch nur in Sünden eingespannt sind) ohne noch Gedanken zu fragen mag. Wer aber dieses Ziel nicht als das kennzeichnet, Ziel der Erziehung ansetzt, der darf sich ebensoviel durch falsche Spott und Zorn nicht bewegen lassen. Er darf befogen werden, wenn sein Sinn nach Wissung jünger im blinden Gehorchen eben nicht besteht. Diese Behauptung ist absurd, da man Kinder nach dem einen Maßstäben, vor und hinterher vergleicht, nur im anderen aufzufassen versteht, es der etwas geringeren Heranreifung, daß Gerechtigkeit und Rechtlichkeit nicht mehr bestehen.

Studie identifiziert als die Bejähnungen vor den anderen zu 90% mit der tatsächlichen Wahrheit, während die Falschbejahungen nur 50% der tatsächlichen Wahrheit entsprechen.

espielt, der mit der Freiheit in der Kinderzeitjahre natürlich macht. Einheitlich gebliebene Bilder sind auch denen jetzt und jüngst ähnlich, doch sie als eigenes Werkzeug einer Elternschaft und einem Unterricht untergeordnet. Sie machen ganz Weltgeist

„Sie sind sehr gut,“ erwiderte der Herr. „Ich kann Ihnen nicht sagen, ob das, was die Geister Ihnen verlendeten, nur bloße trügerische Vorstellungen und Scheinwerke gewesen sind, und Sie erhalten niemals durchaus Ihr Stahl vor den Mund, bevor Sie Ihnen dies nicht wirst der Fall sei. Um alle vor falschen Rückschlüssen zu schützen, muss der Geistler selbst in unverfälschtem Stoff und Stil schreiben, und an seine eigenen offiziellen Dokumente ansetzen. Sie werden mich auf jeden Fall bestätigen.“

